

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

**Hinrichtungs-
termin: 22. Juni**
6

**Riesters Ren-
tenreform: So-
zialabbau und
Strukturbruch**
3

**Für das Men-
schenrecht auf
Bewegungs-
freiheit**
12

**Erneut Urab-
stimmung im
öffentl. Dienst**
15

**Ostseegewerk-
schaften for-
dern demokra-
tische und faire
Gesellschaften**
18

**Zur Nolte-
Ehrung**
21

Im zarten Alter von 17 Jahren wurde ein Jugendlicher namens Gary Graham einer schrecklichen Realität ausgesetzt. Der Staat Texas und der Bezirksstaatsanwalt von Harris sahen in ihm ein weiteres entbehrliches schwarzes Leben; einen schwarzer Jugendlichen, an die Todesmaschinerie zu verfüttern. In



**Weltweite
Ächtung der
Todesstrafe**

einem Mordfall, in dem weder Fingerabdrücke noch ballistische Spuren noch andere verwertbare Schuldnachweise eine Rolle spielten, droht Gary Graham die legale Ermordung.

Über die Hälfte seines Lebens wuchs Gary Graham in der Hölle und Härte der Todeszellen von Texas heran ... Wenn es ein Verbrechen gibt, weswegen das blutige Texas seinen Tod will, dann besteht es darin: Es ist ein Verbrechen in einer rassistischen Nation als schwarzer Jugendlicher ein Bewusstsein zu haben und in politischen und kollektiven Begriffen zu denken ...



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Staschkeit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, E-mail: volhar@web.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... **und Ost** Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030/24009468, Fax: 030/24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).

o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).

o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

AKTUELL IN BERLIN

USA-BRD-SCHLUSSSTRICH. Die deutsche Wirtschaft hat ihr Interesse in den Verhandlungen zur Entschädigung ehemaliger NS-Zwangsarbeiter weitgehend durchgesetzt: Das US-Justizministerium wird, sollten Kläger künftig US-Gerichte anrufen, die Abweisung der Klage empfehlen und sich dabei ausdrücklich auf den Willen des US-Präsidenten berufen und herausstellen, dass die Verjährung, das „internationale Prinzip der Höflichkeit gegenüber einem anderen Staat bei der Anwendung eigener Gesetze“ und andere Hindernisse gegen einen Erfolg sprächen. Außerdem wurde die Abmachung bekräftigt, dass die deutsche Wirtschaft erst dann zu Zahlungen verpflichtet sei, wenn die jetzt vor US-Gerichten anhängigen Klagen zusammengeführt und einvernehmlich zurückgezogen würden. Damit wird ein Präzedenzfall geschaffen und mögliche künftige Klagen mit einem starken Kostenrisiko behaftet. Damit hat die deutsche Wirtschaft zwar letztlich einen „Schlussstrich“ erhalten, die Opfer des Faschismus allerdings noch lange kein Geld. Hier sind immer noch Fragen offen, vor allem die Höhe der Entschädigung für die Gruppe der in den Verhandlungen nichtvertretenen Opfer in verschiedenen Ländern v.a. Osteuropas.

ZUM TOD DER 58 ASYLBEWERBER/INNEN im britischen Fährhafen Dover erklärt die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der KVEL/NGL, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann: Der Tod der 58 Flüchtlinge in Dover muss endlich Anlass sein für eine Änderung der EU-Abschottungspolitik, die Flüchtlinge dazu zwingt, immer höhere Risiken für Leib und Leben einzugehen, um vor politischer Verfolgung oder sozialer Not zu fliehen. Europa muss offen sein für Menschen in Not, die ihre Heimatländer verlassen. Es ist heuchlerisch, wenn die Regierungen den Tod von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen beklagen, aber gleichzeitig durch ihre rigide Asyl- und Flüchtlingspolitik quasi Menschenhandel befördern und Fluchthelfern und „Schlepperbanden“ profitable „Geschäfte“ sichern. Handeln ist jetzt gefragt, damit sich Tragödien wie in Dover nicht wiederholen. 1. Es muss eine Rückkehr zu den internationalen Standards des Flüchtlingsrechts geben und eine uneingeschränkte Geltung der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention durchgesetzt werden. 2. Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure muss ein Asylgrund werden. 3. Der Schutz für besonders gefährdete Flüchtlingsgruppen wie Frauen, Kinder, Deserteure und Folteropfer muss intensiviert werden. 4. Die rechtliche Gleichstellung von Flüchtlingen, Migrant/innen und EU-Bürger/innen muss endlich gewährleistet werden.

EXPORTFÖRDERUNG. Bei einem „Spitzengespräch“ von 24 deutschen Konzernen bei Wirtschaftsminister Mül-

ler, an dem zeitweise auch der russische Präsident Putin teilnahm, ging es vorrangig um deutsche Wirtschaftsinteressen in Russland. 1999 war der deutsch-russische Handel um über 11% auf 26,2 Mrd. DM geschrumpft, wobei die deutschen Exporte nach Russland sogar um 32 Prozent regelrecht eingebrochen waren. Ursache dafür ist die Einschränkung der Hermes-Bürgschaften für Exporte nach Russland seit 1998 – die Bundesregierung will Bürgschaften erst wieder übernehmen, wenn Russland ausstehende Schulden von 650 Mio. DM beglichen hat. Da Russland dies im Vorfeld des Putin-Besuchs ankündigte, verlangt die deutsche Wirtschaft die Freigabe von Hermes-Bürgschaften zur Absicherung ihrer Exporte. Gerade jetzt, wo die Konjunktur in Russland so anzieht, will man dabei sein. Ein weiterer Punkt deutsch-russischer Gespräche war die Rechtssicherheit für Unternehmen, die Kapital nach Russland exportieren.

BEGEHRlichkeiten. Das Defizit der Krankenkassen ist im 1. Quartal 2000 von 2,2 Mrd. DM (Vorjahreszeitraum) auf 1,7 Mrd. DM gesunken, Ergebnis teils der Kürzungsmaßnahmen, teils der Sozialbeiträge für 630-DM-Jobs, die den Krankenkassen 530 Mio. DM an Mehreinnahmen bescherten. Die Senkung des Defizits weckt jedoch die Begehrlichkeit von Finanzminister Eichel. Ließe sich nicht der Haushalt weiter auf Kosten der Sicherungssysteme sanieren? Prompt kündigten er und Arbeitsminister Riester die Kürzung der Kassenbeiträge für Arbeitslosenhilfe-Empfänger an. Basis für die aus öffentlichen Mitteln gezahlten Beiträge sollen nicht mehr, wie bisher, 80% des letzten Gehalts sein, sondern die tatsächliche Höhe der Arbeitslosenhilfe. Das würde die Kassen im nächsten Jahr ca. 2,5 bis 3 Mrd. DM kosten und ebenso Druck in Richtung Senkung der Ausgaben wie Steigerung der Beiträge machen.

HIN UND ZURÜCK. Entsprechend einer Forderung des Grünen-Länderrats hatte die Grünen-Fraktion einen Antrag ausgearbeitet, demzufolge Auslandseinsätze der Bundeswehr zukünftig einer 2/3-Mehrheit des Parlaments bedürften. Auf Betreiben Angelika Beers wurde der Entwurf überarbeitet und die Verschärfung zurückgenommen: Man dürfe sich bei Abstimmungen über Auslandseinsätze nicht von der CDU/CSU abhängig machen. Wie weit will die Fraktion noch sinken?

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 29.6. gibt die Regierung eine Erklärung zu den Ergebnissen des Europäischen Rats in Feira ab; im weiteren Verlauf werden ein CDU- sowie ein SPD-Antrag zur „Ostseekooperation“ behandelt, dann stehen u.a. die Pflegeversicherung, Bildung und sozialer Wohnungsbau auf der TO. Am 30. geht es u.a. um das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofes und entsprechende GG-Änderungen.

Riesters Rentenreform bedeutet Strukturbruch und Sozialabbau

Von Dr. Dietmar Müller

Der Rentenreformentwurf von Arbeitsminister Riester, dem bereits die Koalitionsarbeitsgruppe zustimmte, bedeutet nicht mehr und nicht weniger als ein Strukturbruch der gesetzlichen Rentenversicherung.

Der vermeintlich alternativlose Sparzwang führt in diesem Konzept nicht nur zu höheren Versicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer, sondern darüber hinaus zu einer massiven Rentenkürzung. Außerdem wird das Prinzip der paritätischen Finanzierung - je die Hälfte der Beitragslast tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer - ausgehebelt. Es kommt durch die faktische Pflicht einer Zusatzversorgung zu einer einseitigen Mehrbelastung der ArbeitnehmerInnen bis zum Jahr 2008 um 4%, dagegen soll der Arbeitgeberbeitrag langfristig stabil bleiben.

Das Rentenniveau einer Standardrente (orientiert an 45 Beitragsjahren mit durchschnittlichem Einkommen) fällt bis zum Jahr 2030 auf 63%, im Jahr 2040 auf 58% und bis 2050 gar auf 54%. Da diese Standardrente bereits 50% der Männer und 95% der Frauen nicht erreichen, ist bereits mittelfristig mit einer vehementen Zunahme von Altersarmut zu



rechnen. Damit gerät die gesetzliche Rente bereits bei Durchschnittsverdienern in die Nähe des Sozialhilfeniveaus. ArbeitnehmerInnen, die aber nur ein unterdurchschnittliches Einkommen erzielen bzw. längere Zeit arbeitslos waren, können nur noch mit einer Rente rechnen, die unter der Sozialhilfegrenze liegt.

Wie kommt es aber zu dieser massiven Rentenkürzung? Dies liegt vor allem daran, dass das Riestersche Konzept einen sogenannten *Ausgleichsfaktor* vorsieht,

der sich im Laufe der Jahre immer stärker, d.h. absenkend auf die gesetzliche Rente auswirkt. Man geht einfach davon aus, je jünger ein Versicherter ist, um so länger hat er die Möglichkeit, eine zusätzliche private Vorsorge aufzubauen. Zum einen soll aber die Finanzierung der Zusatzvorsorge allein den Arbeitnehmern aufgebürdet werden, zum anderen wird die Hälfte des somit erreichbaren zusätzlichen Versorgungsanspruchs von der gesetzlichen Rente abgezogen, so

Dokumentiert: Rentenkonzept von Rot-Grün und Kritiken daran

„Reformer“ ...

1. SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, 30. Mai 2000, Koalitionsarbeitsgruppe

Gesetzliche Rentenversicherung und kapitalgedeckte Zusatzvorsorge: Der Weg in eine sichere Zukunft

Wir schaffen eine Brücke zwischen den Generationen.

... Erster Pfeiler dieser Brücke ist der Aufbau einer kapitalgedeckten Altersvorsorge, die staatlich breit gefördert wird und mit der der Beitrag zur umlagefinanzierten Rentenversicherung gesenkt und langfristig stabilisiert wird. Der Aufbau der kapitalgedeckten Altersvorsorge soll schrittweise ab 2001 mit Beträgen in Höhe von 0,5 % bis auf 4 % des Bruttolohns im Jahre 2008 erfolgen ...

Der zweite Pfeiler der Brücke der Generationen wird über den Ausgleichsfaktor in der neuen Rentenformel geschaffen. Dieser Ausgleichsfaktor berücksichtigt bei der erstmaligen Rentenfestsetzung den erforderlichen und für die künftigen Rentner auch möglichen Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge. Die Höhe des Ausgleichsfaktors ist abhängig von der Zahl der Jahre, in de-

nen bis zum Rentenbeginn eine kapitalgedeckte Altersvorsorge aufgebaut werden kann. Dabei bleiben Zeiten, in denen eine Kapitalvorsorge nicht zugemutet werden kann (z.B. Arbeitslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit) außer Betracht. Damit wird der Ausgleichsfaktor zugleich sozial ausgestaltet. ...

Der Ausgleichsfaktor ist darüber hinaus so zu bemessen, dass ein Anreiz zu privater Eigenvorsorge verbleibt. Deshalb soll nur die Hälfte der zu erreichenden zusätzlichen Vorsorge in den Ausgleichsfaktor einfließen.

2. Wir machen die zusätzliche kapitalgedeckte Altersvorsorge finanzierbar.

Zur Entlastung von Arbeitnehmern mit unterdurchschnittlichem und mittlerem Einkommen wird der von 0,5 % auf 4 % aufwachsende Aufbau der zusätzlichen Altersvorsorge in parallelen Schritten gefördert. Das Vermögensbildungsgesetz wird zu diesem Zweck um eine Förderung der Altersvorsorge erweitert.

Arbeiter und Angestellte mit einem zu versteuernden Einkommen bis 35.000/70.000 DM/jährlich (alleinstehend/verheiratet) sowie Lohnersatzleistungsbezieher bekommen eine Zulage in Höhe

von 50% des Aufwands für Altersvorsorge. Diese Zulage beträgt maximal 400 DM jährlich. ...

C. Wirkungen der Reform

Nach den derzeitigen Annahmen wird es mit dem vorgesehenen Konzept gelingen, den Beitragssatz bis zum Jahre 2020 unter 20 Prozent und bis zum Jahre 2030 in der Größenordnung von 22 Prozent zu halten. Ohne diese Maßnahme hätte sich im Jahre 2030 nach dem Rentenreformgesetz 99 (der Regierung Kohl, d.Red) auch mit Demografiefaktor ein Beitragssatz von über 24 Prozent ergeben... Das künftige Gesamtversorgungsniveau der Alterssicherung wird für künftige Rentnerinnen und Rentner langfristig deutlich über das heutige Niveau ansteigen.

Mit diesem Reformkonzept sind die aus der demografischen Entwicklung resultierenden Probleme in einer für Wirtschaft, Beitragszahler und Rentner befriedigenden Weise gelöst.

Angela Merkel

zum CDU-Kongress „Der Faire Sozialstaat – eine neue Politik für eine neue Zeit“ am 24. Juni 2000 in Berlin

... Aber was ist eigentlich sozial im 21.

dass es unterm Strich bestenfalls zu einem Ausgleich des abgesenkten Rentenanspruchs kommen kann.

Insgesamt führt dies zu einer drastischen Senkung des Leistungsniveaus der gesetzlichen Rentenversicherung, welche ihren Charakter dadurch grundlegend verändert. So wird es nur mit zusätzlicher Eigenvorsorge möglich sein, einen angemessenen Lebensstandard im Alter zu erreichen. So verabschiedet sich die gesetzliche Rentenversicherung vom Ziel der Lebensstandardsicherung, durch die höhere Beitragsbelastung und der Leistungseinschränkung werden heutige und vor allem künftige BeitragszahlerInnen doppelt belastet. Dies wird zu einem erheblichen Ansehens- und Akzeptanzverlust der gesetzlichen Rentenversicherung beitragen.

Auch ursprünglich vorgesehene positive Aspekte wie die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung im Alter, die zumindest verdeckte Altersarmut bekämpft hätte, wurden auf Druck der CDU/CSU bzw. dem selbst auferlegten Konsenszwang geopfert. Denn auch die CDU/CSU und die FDP wollen das Niveau der gesetzlichen Rente absenken, sie fordern lediglich eine bessere steuerliche Förderung der privaten Zusatzvorsorge und die steuerliche Freistellung von Rentenversicherungs- und Vorsorgebeiträgen.

Alternativen sind möglich

Diese neoliberale Sozialabbaupolitik ist aber nicht alternativlos: Statt fortgesetztem Niveau- und Leistungsabbau in der gesetzlichen Rentenversicherung ist

vielmehr deren kurz- und langfristige Stabilisierung, Standardsicherung und Leistungsverbesserung notwendig. Deshalb fordert die PDS-Bundestagsfraktion in ihren „Leitsätzen und Eckpunkten für ein Rentenreformkonzept“ eine deutliche Verbesserung der Einnahmeseite



der Rentenversicherung, um deren Leistungen langfristig zu erhalten und ausweiten zu können. So könnte die Erhebung einer Bruttowertschöpfungsabgabe die lohnsummenorientierten Arbeitgeber-Beiträge ersetzen, die Unternehmen würden entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit am Umlageverfahren beteiligt. Dies führt wiederum zu einer Umverteilung zwischen den Unternehmen zu Gunsten der arbeitsintensiven Sektoren und Betriebe, darüber hinaus wird so eine langfristige Beitragssatzstabilisierung erreicht. Allein durch eine Verdoppelung der Beitragsbemessungsgrenze und gleichzeitiger Begrenzung der entstehenden zusätzlichen Ansprüche um die Hälfte entstünden jährliche Mehreinnahmen von ca. 12,5 Mrd. DM. Darüber hinaus sollen auch Selbstständige und Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Längerfristig ist an eine allgemeine Versicherungspflicht für alle EinwohnerInnen, Beitragspflicht für alle privaten Einkommensarten und die Abschaffung der Beitragsbemessungs-

Jahrhundert? Diese Frage lässt sich angesichts dramatischer Veränderungen nicht in den Denkschemata der vergangenen Verteilungsdebatten beantworten.

Der deutsche Sozialstaat braucht eine Neuorientierung. Geringfügige Reparaturen am bestehenden System sind nicht ausreichend... Um auch im 21. Jahrhundert wirtschaftliche Dynamik und soziale Gerechtigkeit in Einklang zu bringen, bedarf es einer Rückbesinnung auf die Grundsätze und die Ethik der Sozialen Marktwirtschaft. – Soziale Marktwirtschaft traut den Menschen etwas zu. Sie setzt auf den Wettbewerb und steht damit für einen Ordnungsrahmen, der den Einzelnen zur Leistung befähigt und Chancen für alle eröffnet, für Starke und Schwache. Dieser Gedanke wird heute vielfach verletzt, indem den Menschen eigenständige Entscheidungen verwehrt bzw. abgenommen werden oder die Förderung von Schwachen schlicht durch Alimentierung ersetzt wird.

... kontra „Traditionalisten“?

Alternativer Rentengipfel der Gewerkschaften und Sozialverbände am 13. Juni 2000 in Berlin

1. Aus der Sicht der Teilnehmerinnen und

Teilnehmer des alternativen Rentengipfels sind die bisher von Koalition und Opposition diskutierten Reformvorstellungen nicht geeignet, die Rentenversicherung gerecht, sozial und zukunftsorientiert zu gestalten. Sie sind vielmehr einseitig darauf ausgerichtet, den Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung möglichst niedrig zu halten. ...

3. Aus der Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des alternativen Rentengipfels kann und muss die gesetzliche Rentenversicherung auch zukünftig zentrale Säule der Alterssicherung bleiben ...

Durch Verschlechterungen bei den Rentenleistungen in den letzten Jahren sowie durch die in diesem Jahr erfolgte und für das nächste Jahr beabsichtigte Aussetzung der Nettolohnanpassung der Renten mussten die Rentnerinnen und Rentner bereits einen erheblichen Beitrag leisten. Nach Auffassung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des alternativen Rentengipfels darf das bereits abgesenkte Rentenniveau nicht noch weiter absinken. Die Schmerzgrenze der Belastung ist erreicht.

Nach den vorliegenden Vorausberechnungen kann der Beitragssatz in den nächsten 15 Jahren auf dem heutigen Niveau gehalten werden. Die Teilnehme-

rinnen und Teilnehmer des alternativen Rentengipfels betonen ausdrücklich, dass der nach gegenwärtigem Recht zu erwartende Beitragssatz im Jahr 2030 von rd. 24% akzeptabel ist ...

Ursula Engelen-Kefer (DGB), Horst Schmitthenner (IG Metall), Lutz Freitag (DAG), Walter Hirrlinger (Sozialverband VdK), Hans Fiedler (Sozialverband Deutschland e. V.).

Süddt. Zeitung vom 19.6.2000: Norbert Blüm

„Rentensystem darf nicht kaputt geredet werden“

Private Vorsorge ist der neue große Hit der Altersversicherung. Sie wird inzwischen als Lebensretter der Alterssicherung angeboten. Demografie, Beschäftigungskrisen, Aktienkursschwankungen, das alles berührt sie angeblich nicht.

Die private Vorsorge wird sinnvoll, je mehr die gesetzliche Rentenversicherung in Bedrängnis gerät. Das bestreitet niemand. Sie eignet sich zur Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherungsansprüche. Ersetzen kann die private Vorsorge allerdings nicht unsere gute alte Rentenversicherung.

Das Umlageverfahren wird verteuert, das Kapitaldeckungsverfahren heilig gesprochen. Könnte es jedoch vielleicht auch sein, dass die Todesanzeigen für die

grenze gedacht. Diese Maßnahmen zusammengekommen würden sogar eine Beitragssatzsenkung für ArbeitnehmerInnen auf ca. 6% ermöglichen.

Was die Leistungsseite angeht, muss das Ziel der gesetzlichen Rentenversicherung bleiben, ein „normales Leben“ im Alter zu sichern. Dieses Ziel muss für jeden und jede ohne zusätzliche private Anstrengungen erreichbar sein. So soll das Rentenniveau von 70% des durchschnittlichen Nettoeinkommens erhalten werden, ein rentenabsenkender demographischer Faktor oder ein Ausgleichsfaktor stößt auf den entschiedenen Widerstand der PDS.

Um Altersarmut wirksam zu verhindern, ist die Einführung einer steuerfinanzierten bedarfsorientierten sozialen Grundsicherung im Alter in Höhe von 50% des durchschnittlichen Nettoeinkommens vordringlich.

Eine bessere rentenrechtliche Absicherung „flexibler“ Biographien ist notwendig, vor allem Frauen weisen vielfältig unterbrochene Erwerbsbiographien (Kindererziehungszeiten, Weiterbildung u. Umschulung, Arbeitslosigkeit) auf, deren Folge niedrige eigenständige Rentenansprüche sind. So sollen Hinterbliebenenrenten allmählich in eigenständige Ansprüche umgewandelt und ein Grundbetrag ab 30 Versicherungsjahren von 20 Entgeltpunkten (1 Entgeltpunkt entspricht zur Zeit 48,29 DM im Westen und 42,01 DM im Osten Deutschlands) eingeführt werden. In einem überschaubaren Zeitrahmen von 10 Jahren sind die Ostrenten an das Westniveau anzugleichen, außerdem sind Rentenüberlei-

tungslücken zu schließen und die Überwindung des Versorgungsunrechts durchzusetzen. Die Altersgrenze soll sich in Abhängigkeit von Beitragsjahren flexibel gestalten, so könnte ab 20 Beitragsjahre für jede weiteren 5 Jahre ein um 1 Jahr vorgezogener Renteneintritt möglich werden.

Außerdem soll die Rentenversicherung zu einer „Gesetzlichen Grundversicherung“ um- und ausgebaut werden, ab dem Jahr 2003 soll die Grundversicherung für alle 18- bis 25-Jährigen obligatorisch sein. Die gesetzliche Grundversicherung soll die Absicherung eines normalen Lebensstandards im Alter absichern, so ist an eine Unter- und Obergrenze gedacht, welche sich an den Durchschnittserwerbseinkommen orientieren soll. Die Untergrenze soll in Höhe des soziokulturellen Existenzminimums von zur Zeit etwa 1.450 DM, die Obergrenze in Höhe des durchschnittlichen Nettoeinkommens von zur Zeit etwa 2.900 DM liegen, diese Grenzen würden allerdings der jährlichen Nettolohnanpassung unterliegen und sich dementsprechend dynamisch entwickeln. Die Standardrente würde im Gegensatz zum Riesterischen Modell weiterhin entsprechend der Nettolöhne ohne bremsenden Faktor ansteigen. Eine freiwillige Zusatzvorsorge wäre nur dann notwendig, wenn das individuelle Sicherungsniveau noch erhöht werden soll.

Dr. Dietmar Müller ist Referent für Alterssicherung, Bundestagsfraktion der PDS

Rentenversicherung von handfesten Interessen der Versicherungswirtschaft gesteuert werden? ...

Die gute alte Rentenversicherung braucht ihr Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. ... Sie gewährte Flüchtlingen, Vertriebenen und Heimkehrern Renten, für die keine Beiträge vorher entrichtet waren. Freilich, die Rentenversicherung erhält dafür auch einen Bundeszuschuss aus der Steuertasche.

Aber selbst mit Bundeszuschuss hätte keine kapitalgedeckte Privatversicherung z.B. die Deutsche Einheit rentenpolitisch organisieren können. Es gehört zu den großen historischen Leistungen der viel gescholtenen Rentenversicherung, dass sie fähig war, über Nacht vier Millionen Rentner aus der ehemaligen DDR auf ein neues System umzustellen und die Renten auszuzahlen...

Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Das wissen auch verantwortliche Rentenpolitiker. Und es ist immer besser, auf zwei Beinen zu stehen als auf einem. Deshalb bedarf die gesetzliche Rentenversicherung der Ergänzung durch private Vorsorge. Aber so, wie es Riester macht, geht es nun wirklich nicht. In die Bestimmung der Nettolohnquote sollen die freiwilligen Beiträge zur pri-

vaten Vorsorge eingehen. Es sinkt also das Rentenniveau auch für jene, die sich gar keine private Vorsorge leisten können.

Mit anderen Worten, das Rentenniveau der Verkäuferin sinkt, weil der Verkaufsleiter eine private Vorsorge aufbauen kann. Das ist eine Premiere in der Geschichte der Rentenversicherung und stellt Solidarität auf den Kopf...

Betrogen werden auch die Jungen. Sie zahlen Beiträge für die Rente der Älteren, die weit über dem Niveau liegen, das sie selbst im Alter erwartet. Das ganze Kartenhaus der Riester-Berechnung basiert dabei auf einer Rendite der privaten Zusatzversorgung von 5,5 Prozent. Das ist für eine langfristige Kalkulation der Alterssicherung eine ans Abenteuereiche grenzende Kühnheit.

Der langen Rede kurzer Sinn:

1. Die Rentenversicherung muss reformiert werden, aber sie darf nicht ruiniert werden. 2. Private Vorsorge ist eine wichtige Ergänzung, aber nicht eine Ersetzung der Rentenversicherung. 3. Die Rentenversicherung hat es nicht verdient, kaputt geschwätzt zu werden. Sie ist besser als ihr Ruf.

Blüm war CDU-Präsidiumsmitglied und Arbeits- und Sozialminister in allen Kohl-Regierungen

Dokumentation: alk

EU-Verfassungsreform

Offener deutscher Führungsanspruch

Auf dem – bei Redaktionsschluss noch nicht beendeten – EU-Gipfel soll das Mandat der Regierungskonferenz ausgeweitet werden, die zur Zeit die EU-Reform ausarbeitet. Dabei zeichnet sich zusätzlich zu den bisher bekannten Konflikten und Vorstößen der Versuch Deutschlands ab, die beanspruchte Führungsrolle institutionell zu verankern. In der Diskussion sind Vertragsänderungen als Vorbedingung zur EU-Erweiterung, und zwar v.a. folgende: 1. Die Kommission soll neu zusammengesetzt werden; entweder sollen nicht alle Länder einen Kommissar stellen, d.h. die kleinen nicht, oder aber die größeren Länder auf einen zweiten Kommissar verzichten.

2. Die Stimmengewichtung im Rat, dem Entscheidungsgremium der EU, wird verändert. Die „Großen“ (BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien) verlangen auf immer mehr Gebieten Mehrheitsentscheidungen, d.h. die Abschaffung des Vetorechts, und eine Stärkung ihres Stimmengewichts (bisher 10 Stimmen für alle Mitgliedsländer), so dass auch eine Gruppe kleinerer Länder, die dann über weniger Stimmen verfügten, Entscheidungen nicht mehr blockieren kann. Dabei favorisieren mehrere Regierungen, so die BRD, nicht aber unbedingt Frankreich, die „doppelte Mehrheit“, wonach Entscheidungen nicht gegen die Mehrheit der Länder und nicht gegen die Mehrheit der Bevölkerung in der EU gefasst werden können. Dies würde bereits Deutschland als bevölkerungsreichstem Land ein außerordentliches Gewicht verleihen, so dass es kaum Entscheidungen gegen sich befürchten braucht, wenn es nur ein, zwei Bündnispartner findet. Darüber hinaus jedoch verlangt die Bundesregierung jetzt eine größere Stimmenzahl als Frankreich und die anderen „Großen“ und versuchte auf dem 75. deutsch-französischen Gipfel, Frankreich dafür einzuspannen. Die Kritik aus Frankreich fällt heftig aus, die deutsche Seite ventiliert dagegen insgeheim gemachte Zusagen (s. SZ, 13.6.), jenseits der Öffentlichkeit soll die französische Regierung nun durch eine Mischung von Lockung und Drohung zur Zustimmung gebracht werden.

3. Auf dem dritten Feld der „Reform“ der EU-Verträge schließlich, der Flexibilisierung, strebt die BRD nach Ankündigung des Staatsministers im Auswärtigen Amt Zöpel an, dass zukünftig das Votum von acht Ländern reichen solle, eine verstärkte Zusammenarbeit eines Teils der EU-Länder zu vereinbaren. Damit wäre die BRD auf dem von Außenminister Fischer kürzlich gezeichneten Weg zur Hegemonie in Europa ein gutes Stück weiter.

scs

Ostexpansion stößt in „Gerechtigkeitslücke“

Der jährliche Sudetendeutsche Tag bietet seit eh und je der konservativen Rechten ein Forum, ihre außenpolitischen Vorstellungen vor einem breiten aufnahmebereiten Publikum zu popularisieren. Im Vorjahr hatte Stoiber dargestellt, dass die Begründungen der Nato für den Angriffskrieg gegen Jugoslawien in irgendeiner ähnlicher Weise von der Bundesregierung gegen die Tschechische Republik gewendet werden müssten. Diesmal stand der Versuch im Zentrum, die zur Zeit breit diskutierte Frage der Entschädigung der Menschen, die gezwungen worden waren, für die Nazi-Wirtschaft zu arbeiten, auszunutzen und mit der Forderung nach einer Entschädigung von Menschen, die besonders schwer von der Vertreibung und Zwangsarbeit in tschechischen Lagern betroffen gewesen seien, zu kontern. (Siehe Kasten)

Bestürzend an Stoibers Vortrag ist die unbeirrbar Selbstgewissheit, die ihn befähigt, aggressive Ansprüche als Grundlage von Frieden und Völkerverständigung auszugeben. Ziel seiner Rede ist, die Erfahrung der Not und des Unglücks, die in den Familien der Sudetendeutschen erzählt wird, auszunutzen. Eine solche Erfahrung kann eine Quelle der politischen Reflexion und der Auseinandersetzung mit den Ursachen werden. Dann führt sie zu einer Verurteilung der Politik Nazi-Deutschlands und letztlich zur Kritik des viel mehr umspannenden Gewebes der deutschen Ostexpansion.

Eine solche Erfahrung kann aber auch stilisiert werden; aus Not und Unglück als Folge *begangenen* Unrechts wandelt sie sich zur Klage *erlittenen* Unrechts und führt zur Forderung nach Gerechtigkeit. Der Charakter des Konfliktes, aus dem das Unglück entstand, hier Aggression, da Notwehr, wird verwischt, und damit auch die Frage, wer zu entschädigen hat; nämlich der deutsche Staat als Rechtsnachfolger des Aggressors und die deutsche Wirtschaft als Gemeinschaft der Erben der Profiteure.

Ziel der Argumentation ist es, die Tschechische Republik, Staat und Gesellschaft, ins Unrecht zu setzen und den gesamten Komplex von Forderungen nach Sonderrechten und Sonderstatuten für das organisierte Sudetendeutschtum weiterzuhelfen. Denn zunächst bezweckt solche Politik, ein

Stoiber auf dem Sudettsch. Tag, Auszug

Urplötzlich waren vor zwei Wochen die Sudetendeutschen auf den Titelseiten einiger Zeitungen. Was war geschehen? Die Sudetendeutschen hatten es „gewagt“, **beim Zukunftsfonds einen Antrag einzureichen, dass Sudetendeutsche, die besonders schwer von der Vertreibung und von Zwangsarbeit in tschechischen Lagern, Bergwerken oder Fabriken betroffen waren, eine Geste der Anerkennung erhalten sollten.** Es geht nicht um Reparationen, wie vielfach geschrieben wurde. Wie sollte es das auch bei einer Summe von 8 Mio. DM. **Es geht vielmehr um Anerkennung von Leid, um eine humane Geste.** Da gab es nun große Aufregung in einigen Zeitungen. (...) Warum diese Aufregung in weiten Teilen der veröffentlichten Meinung? Rührt man denn immer noch an ein Tabu, wenn man Leid, Unrecht, Unrecht, Menschenrechtsverletzung, Opfer Opfer nennt? Ist es denn verwerflich, zwischen den Opfern keine ethnischen Unterschiede zu machen, sie nicht zu klassifizieren, sondern jeden Menschen als Individuum in seiner ganz persönlichen Leiderfahrung zu sehen? Wenn man es denn anders sieht, ist man ja sehr schnell in den Kollektivschuld-kategorien drin. Doch wir müssen endlich aufhören, in solchen Kategorien zu

denken. Aber weder waren die Deutschen und die Sudetendeutschen alle Nazi-Verbrecher, noch waren die Slowaken, Polen oder Tschechen alle Verreiber. Zur geschichtlichen Wahrheit gehört, dass das eine Verbrechen das andere Verbrechen zwar mit ausgelöst hat, dass aber das eine Unrecht das andere Unrecht **niemals rechtfertigen** kann. Unrecht kann weder gegeneinander aufgerechnet noch miteinander verglichen werden. **Jedes Unrecht steht für sich.** Es liegt wohl daran, dass das Leid der Deutschen aus dem Osten immer noch tabuisiert wird. Da wurden an deutschen Frauen, Männern und Kindern schreckliche Menschenrechtsverbrechen begangen. Aber die Aufarbeitung dieser Untaten fällt offensichtlich immer noch unter ein Wahrnehmungs- und Benennungsverbot. Das glaubte ich eigentlich überwunden. Ich kann sehr gut nachempfinden, was viele Deutsche bewegt, wenn sie sehen, dass Leid mit **zweierlei Maß** gemessen wird. Die millionenfache und verlustreiche Vertreibung und Zwangsarbeit von Deutschen, sei es als Deportierte, als Vertriebene vor dem Verlassen der Heimat oder als Kriegsgefangene, ist ebenfalls eine Menschenrechtsverletzung. Auch diese Menschen haben Anspruch auf Anerkennung des ungeheueren Leids, das ihnen zugefügt wurde.

empfindliches Publikum zu umschmeicheln und als Klienten einer Autorität, zu deutsch als Gefolgschaft einer Führung, zu gewinnen. Aber Staatsmann Stoibers Absicht erschöpft sich nicht darin, Wählergruppen an die CSU zu binden. Als Repräsentant einer rechtskonservativen Strömung des Deutschtums arbeitet er für die Entwicklung eines Konzeptes. Das sieht, in Stichworten, so aus: Zunächst wird der Zusammenhalt der Sudetendeutschen als „Volksgruppe“ gelobt und durch Versprechen staatlicher Hilfe gefestigt. Sodann werden die Ansprüche formuliert, die jene Gruppe - meist handelt es sich um Nachkommen in erster, zweiter und dritter Generation - begünstigen könnten. Die Ausformulierung der konkreten Ansprüche macht das Funktionärsgeschäft politisch-wirtschaftlich interessant. Nun geht es darum, die Tschechische Republik zu Verhandlungen mit jenen Funktionären zu zwingen, und zwar über innere Angelegenheiten der Tschechischen Republik. Und zwar mit Angehörigen der „Bekenntnisgeneration“. Was ist die Bekenntnisgeneration? Dazu muss man Verbandsdeutsch lernen. Im Unterschied zur „Erlebnisgeneration“ besteht die „Bekenntnisgeneration“ aus Menschen, die - oft Jahrzehnte - nach jenen Ereignissen geboren, Ansprüche machen.

„Keine Fußnote“ – die Karte deutschen Siedlungsgebietes auf der Homepage des organisierten Sudetendeutschtums

Diese ziemlich wilde Konstruktion wird von der derzeitigen Bundesregierung nicht mit Begeisterung getragen, die Ansprüche der Verbandsvertriebenen werden nur lau oder manchmal auch gar nicht aufgegriffen. Trotzdem verdichtet sich der Eindruck, dass die praktische Bedeutung der Vertriebenenverbände – wahrscheinlich nicht nur der Sudetendeutschen – bereits wieder zunimmt. Sie wandeln sich aus Erinnerungsvereinen in aktive, das Wort mag überzogen klingen, ist aber der Sache nach berechtigt, Kolonialvereine. Das spricht Stoiber auch an, wenn er sagt: „Die deutsche Geschichte und Kultur im Osten ist keine Fußnote der Geschichte, sondern ein integraler Bestandteil der gesamtdeutschen und europäischen Geschichte.“ Das ist nicht bloß als Blick in die Vergangenheit gemeint, sondern Perspektive. Die großen Kapitalunternehmen, die in den Nachbarländern im Osten längst Posten bezogen haben, benötigen im kulturellen und nationalen Sinn loyale Menschen, die ortsansässig sind. Es ist nicht einfach, Führungskräfte und ihre Familien für eine Auslandstätigkeit im Osten zu gewinnen, eine Bereitschaft, sich in diesen Ländern dauerhaft und zu den landesüblichen Bedingungen niederzulassen, ist nicht zu erwarten. Die Politik der CSU und der Vertriebenenverbände will eine deutsche Ostsiedlung fördern und abstützen.

maß
Dokumente des 51. Sudetendeutschen Tages unter www.sudeten.de



Hinrichtungstermin: 22. Juni 2000



Wenn die Leserinnen und Leser diese Ausgabe in den Händen halten, ist der Mensch, um den es hier geht, Shaka Sankofa (Gary Graham), wahrscheinlich bereits tot – hinge-

mordet durch die durch das amerikanische Justizwesen in Gang gesetzte Mordmaschinerie, der allein 1999 98 und bis zum 15.6.2000 bereits weitere 48 Menschen zum Opfer fielen. Seine Hinrichtung ist für den 22. Juni anberaumt. Seit Wochen formiert sich wachsender Widerstand. In diesen Tagen bis zum 22. finden in unzähligen Orten in den USA, aber auch in Europa Demonstrationen, Mahnwachen, Kundgebung statt, wird der für die Hinrichtung letztlich verantwortliche texanische Gouverneur und republikanische Präsidentschaftskandidat Georg Bush Junior mit Protestfaxen und -briefen überhäuft. Kann die Hinrichtung noch verhindert werden?

Wir dokumentieren – gekürzt – einen Artikel aus: *Revolutionary Worker #1057* vom 4. Juni sowie einen Text von Mumia Abu-Jamal, beides übersetzt von: SPG.

„Nun, da mein 36. Geburtstag näher rückt, sitze ich in dieser elendigen Gefängniszelle im Todestrakt in Texas und reflektiere die 18 Jahre meiner Gefangenschaft. Es ist eine alptraumhafte Prüfung gewesen, die ich unter horrenden Bedingungen aushalten musste. Ich denke an meinen Sohn und meine Tochter, welche viele Härten ohne mich durchstehen mussten. Und im Laufe der Zeit sind meine wundervollen Kinder zu jungen Erwachsenen herangewachsen und meine ent-

zückende Tochter brachte vor kurzem mein erstes goldiges Enkelkind zur Welt. Ich denke an den Tod meiner geliebten Mutter 1989 und den tragischen Tod meines Vaters 1996. Und ich erinnere mich, dass die Gefängnisbehörden mir die Teilnahme an den Beerdigungen meiner Eltern nicht gestatteten, und ich merke, dass ich meinen Schmerz darüber gar nicht mit Worten beschreiben kann. Ich denke an die vielen unglücklichen Opfer sinnloser Gewalt in unserer Gesellschaft, und ich denke an ihre Witwen und Waisen, ihre Familien und ihre FreundInnen, ihre Väter und Mütter, die um sie getrauert und geweint haben. Ich denke an die Menschen, die im Kampf für Freiheit und Befreiung gestorben sind, und an diejenigen, die sich geopfert haben und gekämpft haben für Gerechtigkeit. Ich denke an die weltweite Aufmerksamkeit, welche mit Hilfe meines eigenen Leidens auf den Völkermord und die Unterdrückungsbedingungen von Millionen meiner unterdrückten Schwestern und Brüder gelenkt wurde. Und ich denke daran, wie mein eigener Fall zum Symbol geworden ist für den Rassismus und die Brutalität, welche gegen arme Menschen und Minderheiten in Amerika ausgeübt wird.

Aber mein Widerstandswille wird niemals von dieser rassistischen Ungerechtigkeit und der politischen Unterdrückung gebrochen werden. Ich werde niemals aufhören für Freiheit und die nationale Befreiung meines unterdrückten Volkes zu kämpfen....“ *Shaka Sankofa (Gary Graham), aus einem Brief von 1999.*

Shaka Sankofa hat mehr als die Hälfte seiner 36 Jahre in der Todeszelle verbracht. Im Alter von 17 Jahren wurde Shaka (damals noch unter dem Namen Gary Graham bekannt) wegen eines angebli-

chen Mordes an einem Weißen in Houston verurteilt – ein Fehlurteil. Nun, nachdem das Oberste Bundesgericht eine erneute Anhörung seines Falles am 1. Mai abgelehnt hat, droht Shaka am 22. Juni die Hinrichtung. Und seine UnterstützerInnen setzen alles für den Kampf um sein Leben in Bewegung.

Am 26. Mai sprachen Rubin „Hurricane“ Carter und der Kongressabgeordnete aus Illinois, Jesse Jackson Jr., auf den Stufen des Capitols in Washington, DC, und forderten ein neues Verfahren für Shaka Sankofa. Carter war selbst 19 Jahre lang inhaftiert, nachdem eine Mordanklage gegen ihn durchgepeitscht worden war; seine Geschichte wird in dem Kinofilm „Hurricane“ mit dem Schauspieler Denzel Washington erzählt. Carter stellte fest, dass Shaka Sankofa „klare Beweise seiner Unschuld“ besitze, und forderte: „wir dürfen ihn nicht sterben lassen.“

Am Abend des 26. Mai sprach Carter im Rahmen einer Anti-Todesstrafen-Veranstaltung in der Union Temple Baptist Kirche in Washington D.C. Unterstützt wurde das Programm von dem Nationalen Zusammenschluss zur Abschaffung der Todesstrafe in Zusammenarbeit mit Amnesty International, der International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal, dem Zusammenschluss für Gerechtigkeit für Shaka Sankofa/Gary Graham und der DC-Sektion der Nationalen Konferenz Schwarzer RechtsanwälteInnen.

Amnesty International USA brachte am 5. Mai ein „Dringlichkeitsbulletin“ über Shaka Sankofas Fall heraus. Amnesty vertritt die Position, dass Shakas Todesurteil „illegal ist nach den internationalen Gesetzen, welche die Todesstrafe wegen Verbrechen, welche von Jugendli-

Leben und Freiheit für Shaka Sankofa (Gary Graham)

von Mumia Abu-Jamal, 5. Mai 2000

Im zarten Alter von 17 Jahren wurde ein Jugendlicher namens Gary Graham einer schrecklichen Realität ausgesetzt. Der Staat Texas und der Bezirksstaatsanwalt von Harris sahen in ihm ein weiteres entbehrliches schwarzes Leben; einen schwarzer Jugendlichen, an die Todesmaschinerie zu verfüttern. In einem Mordfall, in dem weder Fingerabdrücke noch ballistische Spuren oder andere verwertbare Schuld nachweise eine Rolle spielten, droht Gary Graham die legale Ermordung.

Über die Hälfte seines Lebens wuchs Gary Graham in der Hölle und Härte der

Todeszellen von Texas zu dem Mann heran, der inzwischen als Shaka Sankofa bekannt geworden ist ...

Wenn es ein Verbrechen gibt, weswegen das blutige Texas seinen Tod will, dann besteht es darin: Es ist ein Verbrechen in einer rassistischen Nation als schwarzer Jugendlicher ein Bewusstsein zu haben und in politischen und kollektiven Begriffen zu denken. Für Shaka Sankofas Unschuld ist das nicht genug. Der Staat und die Bundesjustiz haben massenhafte Verfahren in Gang gesetzt, das ist wahr, aber nicht ein Jota von Gerechtigkeit. Sein Leben und das Leben Tausender junger Männer und Frauen waren schon bei der Geburt verwirkt, nicht erst vor Gericht. Warum soll es nun vor diesen Berufungsrichtern der Reichen mit den weißen Westen anders sein?

Der Fall Sankofa stellt eine Heraus-

forderung für uns alle dar, nicht nur für jene von uns, die grundsätzlich gegen die Todesstrafe eintreten, auch für jene von uns, die sagen, wir glauben an grundsätzliche Gerechtigkeit und grundlegende Menschenrechte. Nach den Bestimmungen der internationalen Menschenrechtsvereinbarung (welche auch die USA unterzeichnet hat) verstößt die Hinrichtung eines Menschen, weil er als Minderjähriger ein angebliches Verbrechen begangen haben soll, gegen die internationalen Gesetze. Aber das amerikanische Imperium schießt auf das internationale Gesetz.

Es ist notwendig, unzählige Proteste und hartnäckigen Widerstand gegen die Todesmaschinerie zu mobilisieren, um zu erreichen, was unser unmittelbares Ziel sein muss: das Leben und die Freiheit von Shaka Sankofa.

chen unter 18 begangen werden, verbiethet.“ Das Bulletin verweist aber auch auf die Beweise für die Unschuld von Shaka.

Shakas Rechtsanwälte haben seine Begnadigung beantragt. Der Zusammenschluss für Gerechtigkeit für Shaka Sankofa/Gary Graham ruft dazu auf, den Gouverneur von Texas, Georges W. Bush sowie die Bewährungs- und Begnadigungsstelle von Texas mit Faxen, E-Mails, Telefonanrufen, Briefen zu überfluten, in denen die Begnadigung gefordert wird. Ein Minister der Nation of Islam, in Houston hat zur Unterstützung von Shaka zum Hungerstreik aufgerufen. Das International Aktionszentrum IAC organisiert „Dringlichkeitstage des Widerstands“ vom 16. bis 19. Juni. Es gibt Pläne, vom 15. bis 17. Juni vor dem Gebäude der Republikanerpartei in Houston zu protestieren.

Durch ein rassistisches System reingelegt, hat Shaka Sankofa mehr als die Hälfte seines Lebens in der Hölle verbracht, bekannt als der Todestrakt von Texas. Richard Burr, einer von Shakas Anwälten, schrieb dazu: „Gary Grahams Gang in den Todestrakt ist typisch für die Erfahrungen von vielen schwarzen männlichen Jugendlichen, die in dem von Armut betroffenen 5. Bezirk von Houston, Texas und anderen schwarzen städtischen Ghettos aufgewachsen sind.“

Shakas Geschichte sagt eine Menge über die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung aus und über die ungerechte Todesstrafe in den USA. Und sein Kampf für Gerechtigkeit hat eine breite Unterstützung erfahren, hier und weltweit.

Der Aktivist Danny Glover, einer von Shakas unermüdlichen UnterstützerInnen, erklärte gegenüber der Zeitung *US-Today*: „Es geht jeden in diesem Land an, dass afroamerikanische männliche Jugendliche von Geburt an kriminalisiert werden. Es geht jeden Amerikaner an, dass an Bildungs-Arbeitsprogrammen für schwarze, junge Männer gespart wird, aber nicht an Gefängnis- und Todesstrafen. Warum sind 73 Prozent derjenigen, welche zum Tode verurteilt wurden, weil sie als Teenager Verbrechen begangen haben, AfroamerikanerInnen oder Latinos? Warum hat die Anhörung von Grahams Fall vor einer rein weißen Jury stattgefunden? Warum sind die Vereinigten Staaten die einzige westliche Industrienation, die in den vergangenen 10 Jahren Jugendliche hinrichten ließ? Was sagt das aus über die fundamentalen Regierungsprinzipien dieses Landes und unsere Bevölkerung, wenn es dort solche Mordgelüste gibt ... Ich verteidige nicht Grahams bewaffneten Raubüberfälle und andere Gewalttaten

von 1981 ... Aber gleichzeitig kann ich auch eine Gesellschaft mit ihrem ewigen Rassismus nicht entschuldigen. Und täuschen Sie sich nicht, Graham ist ein Opfer des Rassismus.“

Als Teenager geriet Gary Graham in ein Leben von Raubüberfällen. Er wuchs unter schwierigen familiären Umständen auf, und er konnte weder lesen noch schreiben, als er die 7. Schulklasse verlassen musste. Aber der einzige Grund, der Graham 1981 für die Polizei und die Staatsanwaltschaft im Mordfall Bobby Lambert zum „Verdächtigen“ machte, war, dass sie glaubten, es wäre einfach, diesen Mord einem dieser schwarzen Jugendlichen anzuhängen.

Lambert war seit langem als Drogendealer bekannt, und der Verdacht liegt nahe, dass er deswegen ermordet wurde – aber die Polizei stellte keinerlei Ermittlungen an, in Richtung einer Verbindung von Drogen mit der Ermordung. Gary Graham passte überhaupt nicht auf die Beschreibung des Schützen, welche die Polizei selbst verteilte.

Der einzige „Augenzeuge“ der Anklage hatte damals vor Gericht ausgesagt, dass Graham nicht der Schütze war, und gab eine Beschreibung des Mörders ab, welche nicht zu Grahams körperlichen Merkmalen passte. Grahams Pflichtver-

stäten können. Loretta Lambert, die Witwe von Bobby Lambert, schrieb daraufhin einen Brief an die Gouverneurin von Texas, Richards, „Ich bin daraufhingewiesen worden, dass es Beweise gibt, die möglicherweise ziemliche Zweifel aufwerfen, dass Gary Graham tatsächlich nicht dieses Verbrechen begangen hat ... Ich will nicht die Hinrichtung eines möglicherweise Unschuldigen auf dem Gewissen haben.“

Richards räumte ein, dass Shaka Sankofas Fall einer erneuten Betrachtung bedarf, aber sie wurde abgewählt, bevor sie weiteres unternehmen konnte. Shaka hat niemals eine Gelegenheit gehabt, seine zwingenden Beweise vor Gericht zu präsentieren. 1994 beantragten Shakas Anwälte vor dem Bundesberufungsgericht ein neues Verfahren. Zwei Jahre später entschied das Gericht, dass es grundsätzliche Beweise gebe, über die eine neue Anhörung stattfinden müsse – aber sie verwies den Fall an die texanischen Gerichte. Das staatliche Gericht lehnte eine Anhörung ab. Shakas Rechtsanwälte gingen erneut vor das Bundesgericht. Aber das Bundesgericht entschied, dass das von Clinton im Jahre 1996 unterzeichnete Gesetz zur Effektivierung der Todesstrafe eine erneute Anhörung über Shakas Beweise nicht zulasse.

Stoppt die Hinrichtung!

Jetzt hat das Oberste Bundesgericht der USA die Anhörung von Shakas Fall abgelehnt – er sieht sich seinem sechsten (!) Hinrichtungstermin gegenüber. Shaka verweigert jegliche Zusammenarbeit mit den Gefängnisbehörden, er ist oft das Ziel brutaler und rachsüchtiger Bestrafungsmaßnahmen. So besprühten die Knastwärter ihn mit Pfefferspray, um ihn in eine andere Zelle zu treiben, und nahmen ihm seine Schreibmaschine, seine Kleider und Post weg.

Mumia Abu-Jamal schrieb vor kurzem dazu: „Wenn es ein Verbrechen gibt, weswegen das blutige Texas seinen Tod will, dann besteht es darin: Es ist ein Verbrechen in einer rassistischen Nation als schwarzer Jugendlicher ein Bewusstsein zu haben und in politischen und kollektiven Begriffen zu denken.“ Shaka Sankofa wurde reingelegt und zum Tode verurteilt von einem kriminellen System – einem System, welches jetzt damit droht, eine zutiefst ungerechte Hinrichtung zu vollstrecken.

In einer Botschaft schrieb Shaka Sankofa: „Eine starke Volksbewegung, unterstützt und mobilisiert durch unsere Jugend und StudentInnen, ist die einzige Hoffnung, meine gesetzliche Ermordung zu verhindern und meine Hinrichtung aufzuhalten. Ich lege mein Leben und mein Schicksal nicht in die Hände der Weißen im Obersten Bundesgericht, sondern in die vereinten und starken Hände unserer Jugend und StudentInnen und unserer Schwestern und Brüder und des Volkes. **Stoppt die Gewalt – stoppt die Hinrichtungen!**“ (...)



teidiger unternahm keinerlei Anstrengungen zu ermitteln oder eine Verteidigung aufzubauen – weil er annahm, dass der junge Mann schuldig war.

In der Todeszelle lernte Gary Graham lesen und schreiben und er bekam ein Abschlusszeugnis (GED). Er entwickelte ein politisches Bewusstsein, erkannte die vielen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft. Er nahm den Namen Shaka Sankofa an, um seine afrikanischen Ursprünge zum Ausdruck zu bringen. Und er gründete das Endeavor Project, eine Gefangenengruppenaktionsgruppe und -zeitung.

1993 begann ein neues Verteidigungsteam eine Fülle von Beweisen für Shakas Unschuld aufzudecken. Polizeiberichte über die Erschießung von Lambert führten zuletzt sechs Augenzeugen auf, welche nun aussagten, dass Shaka nicht der Mörder gewesen ist. Und schließlich erklärten vier Personen, dass sie Shaka für die Mordnacht ein Alibi be-



Die EU schiebt den Beitrittstermin für die Beitrittskandidaten immer weiter hinaus. Inzwischen ist nur noch vage von einem Termin zwischen 2003 und 2005 die Rede. Vor den Beitritt scheint die EU unzumutbare Sonderbedingungen für die Kandidaten schaffen zu wollen, insbesondere im Bereich der Landwirtschaftspolitik. Den Beitrittswilligen wird die Einbeziehung in das System der landwirtschaftlichen Subventionen bisher verweigert. In der 1999 verabschiedeten EU-Finanzplanung „Agenda 2000“ sind landwirtschaftliche Direktbeihilfen, wie sie innerhalb der EU gezahlt werden, für neue Mitglieder nicht vorgesehen. Tatsächlich fielen aber jährlich 12 Mrd. Euro an. Vor allem Polen mit seiner großen Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors besteht auf der Einbeziehung in das Subventionssystem. Ohne Einbeziehung würde die übergroße Mehrheit der bäuerlichen Familienbetriebe in kürzester Zeit vernichtet, in Polen, aber auch in Estland und Ungarn. Die Verweigerung würde zudem den Gleichheitsgrundsatz, der immerhin im EU-Vertrag verankert ist, vollständig aushebeln.

Kosovo: Mord nach Zeitungs-Steckbrief

Die UN-Mission im Kosovo (UNMIK) hat Anfang Juni unter Berufung auf die prekäre Sicherheitslage die kosovo-albanische Zeitung „Dita“ für acht Tage geschlossen und außerdem weitere Einschränkungen für Medien angekündigt. Die Tageszeitung „Dita“ hatte einen serbischen UN-Mitarbeiter als Paramilitär und Kriegsverbrecher bezeichnet und Name, Adresse und Foto veröffentlicht. Kurz nach Erscheinen der Zeitung wurde der Mann ermordet. Der kosovo-albanische Journalistenverband protestierte gegen die UNMIK-Entscheidung als „Gefahr für Rede- und Pressefreiheit“, „Dita“ verlangt von der UNO 1,3 Mio. DM Schadensersatz! Nach achtstündigem Verbot erschien die Zeitung wieder mit der Ankündigung, auch künftig Namen von Serben zu veröffentlichen, „die in Verbrechen gegen Albaner verstrickt seien“. Provokativ wurde der Artikel, der zur Ermordung und anschließendem vorübergehenden Verbot geführt hatte, noch einmal abgedruckt.

Der ebenfalls Anfang Juni erschienene 5. Sicherheitsbericht des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) konstatiert anhaltende Gewalt im Kosovo, deren Opfer im wesentlichen Serben und andere Minderheiten sind: Allein zwischen Anfang Februar und Ende Mai wurden 26 Serben ermordet und 105 Brandstiftungen sowie 49 schwere Überfälle auf die Minderheiten

registriert. Aber auch ethnische Albaner sind Opfer. Am 18. Juni meldeten Nachrichtenagenturen im Kosovo die Ermordung eines albanischen Politikers der gemäßigten „Demokratischen Liga“: Er wurde von zwei Männern in UCK-Uniform in seiner Wohnung erschossen, sein Vater verletzt. Quellen: SZ 6., 10.+14.6., Kosova Info Line 14.+18.6.

Montenegro: Polariserte Lage

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen in zwei Städten Montenegros dürften den auf Lostrennung von Serbien bedachten Präsidenten Djukanovic eher gewarnt haben. Zwar gewannen die Parteien seiner Regierungskoalition „Besser leben“ in der Hauptstadt Podgorica die absolute Mehrheit, nämlich 28 von 54 Stadtverordneten, jedoch vor allem auf Kosten der Liberalen, die für die bedingungslose Trennung sind. Die Anhänger des Wahlbündnisses „Für Jugoslawien“ erreichten immerhin 22 Mandate in Podgorica, in Herceg Novi gewannen sie die absolute Mehrheit mit 19 von 35 Sitzen. Hier fielen 14 auf die Djukanovic-Koalition und 2 an die Liberalen. Jeder Schritt zur Lostrennung, von den NATO-Staaten auch finanziell gefördert, verschärft die Polarisierung vor allem auch innerhalb Montenegros. Quelle: SZ, 13.1.

Bulgarien: Bevölkerung darbt ...

Die Armut im Land nimmt rasant zu. Nach einer Untersuchung der Gewerkschaft KNSB mussten im Dezember des

letzten Jahres 24,1% der Bevölkerung Bulgariens mit einem Monatslohn unter 78,50 DM auskommen; im März waren es bereits 40,1%. Als arm gilt offiziell allerdings nur, wer mit weniger als umgerechnet 37,80 DM auskommen muss. Tatsächlich jedoch waren im März für den Lebensunterhalt einer Person 239 DM erforderlich. Hinzu kommt, dass die Preise für Konsumgüter in die Höhe schnellen: Innerhalb von drei Monaten hat sich der Brotpreis um 1,53% gesteigert, Frischmilch verteuerte sich um 12,9%, Gemüse um 14%, Fahrkarten für den öffentlichen Nahverkehr um 38,7%, Elektroenergie um 6% usw.usf.

Quelle: www.bulgaria.de

... deutsches Kapital interessiert

Der bulgarische Staatspräsident Stojanov begann seinen dreitägigen Arbeitsbesuch in der BRD beim bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber sowie der Firma Siemens. Den Wunsch Bulgariens, möglichst schnell den Visumszwang aufzuheben, mochte Stoiber nicht unterstützen. Bayern sei aber zur Aufnahme von bulgarischen Computerspezialisten bereit. Beim Treffen mit dem Siemens-Vorstand wurden die Bulgarien-Projekte des Konzerns und insbesondere der Plan für die Rehabilitation des Kosloduj-AKW erörtert. Siemens stellte Stojanov außerdem ein Projekt für die Modernisierung des Flughafens Sofia vor. Im weiteren Verlauf seines Besuchs traf Stojanov Johannes Rau, der potentiellen deutschen Investoren Bulgarien als „sicheres Land“ anpries. Anschließend trat der bulgarische Staatspräsident beim Deutschen Industrie- und Handelstag an sowie bei der Deutschen Gesellschaft für Außenpolitik, wo er einen Vortrag hielt zum Thema: „Die neue Bedeutung des Balkans für Europa“. Aufgrund des großen Interesses wurde der Vortrag auf einer Videowand in einem zweiten Saal übertragen.

Quelle: www.bulgaria.de

Kärnten: Noch keine Einigung bei Minderheitenschulgesetz

Der Verband Slowenischer Organisationen in Kärnten dementierte Meldungen, wonach sich die drei im Land von Kärnten (Österreich) vertretenen Parteien und die Kärntner Slowenen auf eine Novelle des Minderheitenschulgesetzes geeinigt hätten. Diese Novelle ist notwendig geworden, nachdem der Verfassungsgerichtshof unlängst festgestellt hat, dass in zweisprachigen Siedlungsgebieten auch in der 4. Klasse Volksschule zweisprachig unterrichtet werden muss. Erst kürzlich haben die Vertreter der Kärntner Slowenen den Vorschlag der drei Landtagsparteien abgelehnt, weil er den Bedürfnissen der Slowenen nicht entsprochen hat.

Quelle: www.hrvatskenovine.at

Zusammenstellung: scc

BERLIN/KÖLN/STUTTGART. Etwa 12.000 Menschen beteiligten sich am 7. Juni an den Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart, zu denen das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) aufgerufen hatte. Auf den Demos wurden zahlreiche Grußworte verlesen, u.a. vom IG-Metall-Vorstand und von der englischen Campaign for Free Education (CFE). Ein internationaler Beitrag sorgte in Köln für Beifallsstürme, als zwei Studierende der Universität Mexico-City vom dortigen neunmonatigen Streik berichteten, der sich an der Einführung von Studiengebühren entzündet hatte. Das ABS will jetzt eine Broschüre gegen kursierende Vorurteile über „Langzeitstudenten“ erstellen.

www.pbjacon.de/studierende-fzw



Aktionen für humane Rechte für Öcalan – Demonstration am 24. Juni

DÜSSELDORF. Kurdinnen und Kurden führen derzeit in verschiedenen Ländern eine Kampagne für die Aufhebung der Isolationshaftbedingungen durch, unter denen der PKK-Vorsitzende Öcalan seit 16 Monaten auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali festgehalten wird. In einem „dringenden Aufruf“ beziehen sie sich auf die Anwälte Öcalans, die von schwerwiegenden gesundheitlichen Beschwerden ihres Mandanten berichten. Sie fordern den Zugang einer internationalen Ärztekommision und eine Überprüfung durch die Anti-Folter-Komitees der UN und der EU. In Frankfurt/Main war geplant, die Kampagne durch einen Hungerstreik in der Innenstadt zu unterstützen. Die Ordnungsbehörde hat die Aktion jedoch verboten und sich dabei auf das immer noch geltende sogenannte PKK-Verbot bezogen. In München führen derzeit knapp 40 Kurden in zwei Zelten am Stachusbrunnen einen öffentlichen Hungerstreik durch, der eine Woche gelten soll. Für den 24. Juni rufen verschiedene kurdische Gruppen, darunter YEK-KOM, Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland, zu einer Großdemonstration nach Düsseldorf auf unter den Losungen „Weg mit der Todesstrafe – Frieden jetzt – Freiheit für Abdullah Öcalan“.

ola, SZ, Kurdistan Rundbrief

Trauermarsch in Dessau nach Nazi-anschlag auf Alberto Adriano

DESSAU. 3000 bis 5000 Menschen, darunter Bundes- und Landespolitiker, beteiligten sich am Abend des 16. Juni an dem Trauermarsch, zu dem Dessauer Antifaschistinnen und Antifaschisten, die PDS-Landtagsfraktion und viele andere aufgerufen hatten. Anlass war der Tod des gebürtigen Mosambikaners Alberto Adriano (39), der am vergangenen Mittwoch an den Folgen eines Überfalls von drei Neonazis gestorben war. Die 16 und 17 Jahre alten Nazis aus Wolfen und der

25-jährige Faschist aus Bad Liebenwerda hatten während der Tat neofaschistische Parolen gegröhlt, zogen Alberto nach der Prügelorgie die Kleidung aus, warfen den bereits schwer Verletzten in ein Gebüsch und erschwerten der eintreffenden Rettungsmannschaft so das Auffinden. Der zuständige Staatsanwalt erließ gegen alle 3 Täter Haftbefehle. Dass sie nicht aus Dessau kommen, ist eher ein Zufall. Übergriffe von Nazis gegen Fremde und Andersdenkende oder Andersaussehende sind auch hier durchaus an der Tagesordnung. Seit ca. 1988 gibt es eine Nazi-Szene, die gute Kontakte zu anderen Nazis über die Region hinaus pflegt. Dessauer Nazis treten bei diversen NPD/JN-Aufmärschen auf und sind organisatorisch beteiligt am überregional bedeutenden Nazizentrum im Köthener Holländerweg. Ein Dessauer Flüchtlingssprecher rief am Freitagabend Vertreter von Bund und Land auf: „Bringen Sie uns innerhalb einer Woche hier weg. Das Leben ist für Afrikaner im Osten nicht gut.“ Dessaus 2. Bürgermeister Platz lehnte dies ab: „Damit würden wir die Unfähigkeit der Gesellschaft eingestehen, mit ausländischen Bürgern zu leben“. Er kündigte Gespräche an, „damit sich jeder in unserer Stadt wohl fühlt“. *Off. Antifaplenum Dessau, ND, taz*



Arbeitsloseninitiativen wehren sich gegen neue Richtlinien

KIEL. Die Summe von 300.000 DM, die jährlich für die Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen und deren Beratungsarbeit zur Verfügung steht, soll für die nächsten sechs Jahre festgeschrieben und gleichzeitig breiter verteilt werden. Für die betroffenen Initiativen heißt das: Der bisherige Förderungshöchstbetrag wird um 2.000 auf nun 18.000 DM gekürzt. Sozialministerin Moser, in deren Haus das Ganze ausgeheckt wurde, hielt es nicht mal für notwendig, die Initiativen vorab von diesem Schritt zu informieren, lobt sich hingegen selbst, dass „mehr Planungssicherheit“ geschaffen werde. Gemeint ist damit die lange Laufzeit des Programms „Arbeit für Schleswig-Holstein“ (ASH), das bis 2006 reichen soll.

Neun der betroffenen Initiativen protestieren gegen die „Vorläufigen Richtlinien 2000-2006“. Wolfram Otto von der Arbeitsloseninitiative Kiel: „Für Miete und Unterhalt unserer Räumlichkeiten gehen 14.000 DM jährlich drauf, Telefon und Porto schlagen mit 2.000 bis 3.000 DM jährlich zu Buche – da geht jeder Pfennig weniger an die Substanz. Bestehende Leistungen müssen noch weiter eingeschränkt werden.“ Angebote wie der Aufbau von Internetanschlüssen und Arbeitslosenfrühstück seien in vielen Orten in Gefahr, und an eine Weiterbildung der ehrenamtlichen Mitglieder könne unter den erschwerten Bedingungen nicht mehr gedacht werden, heißt es in einer Erklärung der betroffenen Beratungsstellen.

Bei dem Ministeriums-Besuch von Otto und Dieter Boßmann aus der Flensburger Arbeitsloseninitiative wurde eine weitere Neuerung offenbart. Unter Berufung auf neue EU-Richtlinien würden künftig die beantragten Summen erst rückwirkend vierteljährlich ausgezahlt, gegen Vorlage der Belege. Für die Beratungsstellen heißt das, dass sie entweder mit Rücklagen vorfinanzieren müssen,

die sie aber nach Angaben von Wolfram Otto nicht haben dürfen, oder aber sie machen Schulden. Kredit- und Überziehungszinsen sind aber laut Otto nicht förderungswürdig. Im Ministerium hat man jedoch immerhin versprochen, die Möglichkeit von Abschlagszahlungen zu prüfen. *linX, Soz. Zeitung für Kiel*

Breite Proteste gegen den Katalog sozialer Grausamkeiten

ESSEN. So viele und so große Protestaktionen wie in diesem Jahr hat es seit langem nicht mehr gegen die Verabschiedung eines Haushalts der Stadt Essen gegeben. Stadtteilzentren wie das Grend, die Wohlfahrts- und Jugendverbände, der Kinderschutzbund und nicht zuletzt die ÖTV organisierten große Demonstrationen zu den Ausschussberatungen und schließlich zur Verabschiedung des Haushaltes am 24. Mai. So demonstrierten knapp 2000 Beschäftigte der Stadtverwaltung, etliche Kinder und ihre Eltern (siehe Bild unten) bei der letzten Ratssitzung gegen den Katalog sozialer Grausamkeiten, der sich in dem mit dem Haushalt verabschiedeten Haushaltskonsolidierungskonzept findet. – Die Mehrheit von CDU und FDP stimmten trotzdem dafür, unterstützt von den REP. Die SPD stimmte gegen das Konsolidierungskonzept, B90/Grüne und PDS auch gegen den Haushaltsentwurf.

Die Protestaktionen bewirkten also wenig. Die zum größten Teil schon im Haushaltsentwurf vorgesehene Kürzung der Mittel für die Bezirksvertretungen von 1 Mio. DM auf 700.000 DM entfiel, ein Teil der Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich wurde zu Lasten einer „Luftbuchung“ im Sozialhaushalt zurückgenommen und schließlich wurden die Kürzungen bei den Mitteln für die von den Wohlfahrtsverbänden betriebenen Kindereinrichtungen zurückgenommen. Letzteres geht allerdings zu Lasten der städtischen Kindergärten, die jetzt sehen können, wo sie bleiben. Dieser doch etwas schäbige Deal war der leider gelungene Versuch der CDU/FDP-Mehrheit, die AWO, Diakonie und Caritas zu beruhigen.

Ansonsten ist jetzt schon klar, dass die Auseinandersetzungen um den Haushalt nicht zu Ende sind. Der Regierungspräsident verlangt ein Konsolidierungskonzept, das einen Haushaltsausgleich in vier Jahren vorsieht. Das von der bürgerlichen Mehrheit durchgesetzte Konzept sieht jedoch einen Ausgleichszeitraum von sieben Jahren vor. Und die Folgen selbst dieser Kürzungen werden sich erst nach und nach zeigen, so dass weiterer Streit vorprogrammiert ist. *wof*

PDS für bessere Haftbedingungen – CSU wettert gegen neue Regelungen

KÖLN/ESSEN/ERLANGEN. Die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke besuchte mit PDS-Ratsmitgliedern in NRW verschiedene Justizvollzugsanstalten. Sie sprachen mit den Leitungen und mit Gefangenen über die Haftbedingungen. Deutlich wurde, dass eine Entkriminalisierung der Drogenfrage wichtig ist und dass der Abschiebepolitik ausländischer Gefangener durch eine Politik der Integration, Existenzsicherung und Legalisierung entgegengearbeitet werden muss. In Essen beklagten die Mitglieder der Insassenvertretung vor allem die drangvolle Enge. Um die 60 Haftzellen sind doppelt belegt. Auf 8 qm müssen zwei Menschen den ganzen Tag zusammen leben. Erweiterter Umschluss und mehr Sportangebote stehen ganz oben auf der Forderungsliste. Ulla Jelpke sagte den Mitgliedern der Insassenvertretung zu, sich in der aktuellen Diskussion weiter für die Forderung nach tariflicher Bezahlung für Gefangene einzusetzen.

Die CSU dagegen heult schon beim jetzt vorliegenden Entwurf zur Neuregelung der Gefangenenentlohnung auf. Diese würde Bayern 33,4 Mio. Mark kosten, so Justizminister Weiß (CSU) bei seinem Besuch der JVA Erlangen. Der Entwurf sehe vor, das Arbeitsentgelt zu verdreifachen. Das wirke sich negativ auf die Arbeitsplatzsituation in den Gefängnissen und die Resozialisierung aus: Eine Erhöhung des Entgelts verschärfe die Konkurrenzsituation gegenüber Billiglohnländern. *Nach Berichten der Lokalberichte Köln, Essen und der SZ*



deportation.class stop! – Forderung auf der Lufthansa-Versammlung

BERLIN. Mit heftigen Protesten des Dachverbandes Kritischer Aktionäre musste sich der Lufthansa-Vorstand auf der Hauptversammlung am 15. Juni in Berlin auseinandersetzen. In seiner mehrfach von Sprechchören unterbrochenen Rede beteuerte der Vorstandsvorsitzende Weber, die Lufthansa stehe zu ihrer gesetzlichen Beförderungspflicht. Sie lehne aber Abschiebungen gegen den Widerstand der Betroffenen grundsätzlich ab und befördere sie nicht. Die Kritischen Aktionäre hatten in ihrem Gegenantrag darauf hingewiesen, dass rund die Hälfte aller Abschiebungen aus Deutschland durch die Lufthansa, teilweise unter Gewaltanwendung, durchgeführt werden. „Ein Antrag, der dem Vorstand das Vertrauen entziehen soll, löst die Asylproblematik nicht“, reagierte Weber erbost. Martin Rapp, einer der Sprecher der Kampagne deportation.class stop! sagt zu dieser Haltung: „Der Verweis auf eine vermeintliche Beförderungspflicht von Schülern ist scheinheilig. Eine Befreiung von der Beförderungspflicht, wie sie zum Beispiel für tropische Ziervögel kein Problem darstellt, sollte ohne große juristische Winkelzüge auch auf Menschen übertragbar sein: Schluss mit Abschiebungen auf Linienflügen!“

Informationen über die Kritischen Aktionäre bei: www.kritischeaktionäre.de. Berichte über Hintergründe und Aktionen der Kampagne deportation.class stop! bei: www.deportation-alliance.com

Legalisierung statt Kriminalisierung der Prostitution ist nötig

FRANKFURT/MAIN. Doña Carmen e.V. begrüßte den am 8. Juni auf Antrag der SPD vom Stadtparlament gefassten Beschluss, eine Fachkommission „zur aktuellen Situation der Prostitution in Frankfurt“ einzurichten. Der Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten erwartet von dieser Kommission, dass sie nach einer allseitigen Bewertung zu dem Ergebnis gelangt, dass die Prostitutionsmigration nicht mit Razzien, sondern nur politisch zu lösen ist. *PM 9.6.*



Für das Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit

FREIBURG/EMMENDINGEN. Am 27. Mai 2000 demonstrierten ca. 100 Menschen in Freiburg und Emmendingen für die Durchsetzung des Rechts auf Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge. Eine Woche später fand erneut eine Kundgebung auf dem Freiburger Rathausplatz statt. An der anschließenden Grenzaktion zwischen den Landkreisen Emmendingen, Breisgau-Hochschwarzwald und dem Stadtkreis Freiburg beteiligten sich ca. 70 Personen. Bei der Kundgebung am 27. Mai meldete sich spontan Mamadou zu Wort. Er kommt aus Afrika. Er berichtete davon, dass er mit seiner Frau auf einer Hochzeitsfeier war und von der Polizei auf dem Rückweg nach Freiburg kontrolliert wurde. Da nach wie vor die Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge als kriminelles Unrecht bestraft wird, wurde gegen sie ein Strafbefehl erlassen. Gegen den Strafbefehl haben sie Rechtsmittel eingelegt. Am Mittwoch den 7. Juni fand vor dem Freiburger Amtsgericht ein Verfahren statt, wo wiederum zum x-ten Mal das Recht auf Bewegungsfreiheit auf der Anklagebank stand. Zur Grenzaktion trafen sich die Demonstrierenden zunächst auf dem Vörsstettener Grillplatz. Von dort aus wurde die Grenzaktion durchgeführt. Die Landkreisgrenzen wurden mit Grenzbandern und Protesttafeln sichtbar gemacht. Jeder Landkreis erhielt als Schenkung eine Tafel. Die Texttafeln, die an verankerten Pfosten festgeschraubt sind, wurden durch eine Schenkungsurkunde in die Obhut der jeweiligen Kreise übergeben. Damit soll die Bedeutung und der Rang der Menschenrechte einmal mehr in den Vordergrund gerückt werden. Die Tafeln sind als symbolischer Protest gegen die geltende Regelung der Residenzpflicht für Flüchtlinge zu verstehen. Ein Auszug aus den Tafeln: „Am 3. Juni 2000 wurden die Landkreisgrenzen von Frauen, Männern und Kindern überschritten um gegen das ‚unsichtbare Ge-

fängnis‘ zu demonstrieren. Flüchtlingen ist es verboten, ohne behördliche Genehmigung die Grenze des Verwaltungsbezirks der zuständigen Ausländerbehörde zu überschreiten ... Wer es dennoch tut und kontrolliert wird, wird mit Geldstrafe oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Die aktuelle Rechtslage und die Praxis der Landratsämter widersprechen dem in internationalen Abkommen festgeschriebenen Menschenrecht auf Bewegungsfreiheit. Es widerspricht dem Gebot der Menschenwürde, dass man gezwungen ist, fremden Personen bei den Behörden genaustens über sein Privatleben und seine Lebensplanung Auskunft geben zu müssen. Außerdem können freie und spontane Entscheidungen über private Aktivitäten nicht mehr getroffen werden. Freie politische Betätigung ist nicht möglich.“

Die Tafeln sollen zu einem späteren Zeitpunkt durch ein von künstlerischer Hand geschaffenes „Denk-Mal“ für das Recht auf Bewegungsfreiheit ersetzt werden. Ein spezieller Fonds zur Verwirklichung des „Denk-Mal“ wurde bereits eingerichtet um die Arbeiten der Künstlerinnen und Künstler honorieren zu können. Sowohl die Landkreise wie auch die Stadt Freiburg werden um finanzielle Unterstützung angesprochen. Eine Jury, bestehend aus Vertretern von Menschenrechtsgruppen wird eine engere Auswahl der vorgeschlagenen Arbeiten treffen. Die letztendliche Auswahl soll die Bevölkerung treffen. Mit der offiziellen Einweihung des „Denk-Mal“, zu der wir u.a. einen UN-Vertreter gewinnen möchten, soll auch gleichzeitig durch die Landkreise das Recht auf Bewegungsfreiheit garantiert werden. was

SPENDEN: „Denk-Mal“ - Fonds: W. Rosa, Volksbank Waldkirch BLZ 680 924 00 Kontonummer: 36 15 26. Künstlerinnen und Künstler wenden sich bitte an: SAGA, Kronenstr. 16a, 79100 Freiburg



HADEP-Bürgermeister besuchen Ratsgruppe

KÖLN. Eine unserer Aufgaben als PDS/OL-Ratsgruppe ist es, Kontakt zu Kommunalpolitikern aus anderen Ländern zu pflegen, Erfahrungen auszutauschen und sie bei Bedarf nach unseren Möglichkeiten zu unterstützen. Besonders haben wir uns auf den Besuch einer Delegation von HADEP-Bürgermeistern gefreut, die auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der PDS-Bundestagsfraktion eine Rundreise durch deutsche Kommunen machte.

Die HADEP (Partei der Demokratie des Volkes) wurde erst Mitte der neunziger Jahre gegründet. Seitdem ist sie vielen Repressionen ausgesetzt. Mehrere ihrer Mitglieder wurden ermordet, zahlreiche Führungsmitglieder politisch verfolgt. Zur Zeit läuft ein Verbotsverfahren gegen die HADEP vor dem türkischen Staatssicherheitsgericht. Trotz allem ist die HADEP in den kurdischen Gebieten die mit Abstand stärkste Partei. Sie ist in 37 Kommunen vertreten. Bei den jüngsten Kommunalwahlen konnte sie zahlreiche Bürgermeister und drei Bürgermeisterinnen stellen. Auf unsere Einladung konnten wir am 8. Juni Bürgermeisterin Mukkades Kubilay aus Dogubeyazit, Bürgermeister Mehmet Tanhan aus Nusaybin und den HADEP-Vertreter Fayik Yagizay begrüßen. Der Bürgermeister aus Diyarbakir-Surici hatte keine Ausreisegenehmigung bekommen.

Am Nachmittag empfing Bürgermeisterin Angela Spizig ihre kurdische Amtskollegin, die als eine der ersten Frauen in der Türkei seit April 1999 ein so hohes Amt bekleidet. Mukkades Kubilay war bei den Kommunalwahlen mit über 50% der Stimmen gewählt worden. „Die Kölner wissen immer noch nicht genug über die politischen und sozialen Verhältnisse in den kurdischen Gebieten der Türkei“, so Angela Spizig ... sie regte an, durch Kontakte und Kooperationen zwischen einzelnen Gemeinden konkrete Hilfsangebote zu suchen. Im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung im Rathaus, die von Sengül Senol, MdR, moderiert wurde, stellten die Gäste ihre politische Arbeit ... vor. In der Diskussion, zu der sich 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Sitzungssaal des Spanischen Baus einfanden, waren sich die Kommunalpolitiker einig, dass das türkische Kommunalwahlrecht von 1930 dringend einer Änderung bedarf.

Ratsmitglied Sengül Senol sicherte den Bürgermeistern auch materielle Unterstützung zu: „Wir werden uns in den nächsten Monaten darum bemühen, dass die HADEP-Bürgermeisterin für den Einsatz im Gesundheitswesen ein Fahrzeug zur Verfügung gestellt bekommt.“

Aus: Platzjabbeck, Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln

Große Politik im Klassenzimmer – Schüleraustausch Hamburg-Kragujevac

Vom ersten deutsch-serbischen Schüleraustausch seit Ende der 80er-Jahre kehrten jetzt 14 Schülerinnen und Schüler und ein begleitender Deutsch- und Geschichtslehrer der Hamburger Jahn-Gesamtschule zurück. Eine Woche in den Pfingstferien weilten sie bei SchülerInnen des 1. Gymnasiums in Kragujevac in Gastfamilien. Sie hatten bewusst den Kontakt zu dieser Schule aufgenommen, denn 1941 waren in einem Vergeltungsakt ca. 7000 Einwohner aus Kragujevac erschossen worden, unter denen sich auch 300 Schüler und 20 Lehrer der Partnerschule befanden. Und 1999 war Kragujevac mit den „Zastava“-Autowerken besonders schwer von der Nato unter deutscher Beteiligung bombardiert worden.

Der 18-jährige Schüler Aljoscha Domes, Jahrgang 12, berichtet:

„Zuerst gab es einen regelrechten Aufbruch an der Schule: ‚Deutsche in der Schule‘. Doch das legte sich bald. Mich interessierte besonders, wie die gleichaltrigen SchülerInnen den Krieg erlebt hatten. Keiner hat ihn vergessen! Als wir zum Bsp. zum ersten Mal am Deutschunterricht teilnahmen, war eine irre Atmosphäre. Vordergründig gehen die Jugendlichen mit Sarkasmus und Ironie mit dem Krieg um. Dann ist ein Mädchen aufgestanden und hat uns das erklärt. Sie sagte: ‚Wir alle haben uns das Lachen und diesen Ton als Schutz aufgelegt.‘ Da wurde es schlagartig still in der Klasse. Ein Junge sagte: ‚Lasst uns den Krieg vergessen; er ist Vergangenheit.‘ Daraufhin stand ein Mädchen auf und antwortete: ‚Mein Onkel ist von einer Bombe getötet worden, wie kann ich das vergessen.‘ Dennoch hat mich erstaunt, wie offen die jugoslawischen Schüler mit uns gesprochen haben. Immerhin kommen wir aus einem Land, das Jugoslawien 1999 zum dritten Mal im 20. Jahrhundert angegriffen hat. Wir sind mit unglaublicher Gastfreundschaft aufgenommen worden; man hat gespürt, dass die jugoslawischen Jugendlichen sehr glücklich über unseren Besuch waren. Die Menschen dort können unterscheiden zwischen den Politikern, die sie bombardiert haben, und der einfachen Bevölkerung, die mit diesem Krieg nicht einverstanden war.“

Wie hat sich eure Austauschgruppe zusammengefunden?

Aljoscha: „Wir sind eine Schüler-Friedensgruppe, die sich während des Bombardements zusammengefunden hat, um gegen den Nato-Krieg zu protestieren. Insofern war das kein üblicher Schüler-

austausch, der ja meist von den Lehrern ausgeht. Hier war es umgekehrt: Wir als Friedensgruppe an unserer Schule hatten die Idee und haben dann den Lehrer angesprochen. Während des Krieges gab es auch bei uns an der Schule die üblichen Probleme: Man muss doch eingreifen ... und so. Wir haben dann zu einem Lehrer aus Kragujevac, als er mit einer Gewerkschafterdelegation in Hamburg war, Kontakt aufgenommen und ihn in unsere Schule geholt. Wir sind dann vor die Lehrerkonferenz, vor den Elternrat und die Schulkonferenz gegangen und haben unseren Reiseplan begründet und vertreten. Alle haben ihn dann einstimmig beschlossen.

Gab es keine Vorbehalte oder Ängste, zum Beispiel bei den Eltern?

Bei unseren Eltern nicht. Wir haben das ja selbst auf die Beine gestellt. Natürlich gab es Vorbehalte, z.B. bei der Schulbehörde. Sie haben erst die Sicherheitslage geprüft, dann gaben sie einen Zuschuss, oder z.B. auf der Lehrerkonferenz, als es beschlossen werden sollte. „Ihr dürft euch nicht von Milosevic vereinnahmen lassen“, hieß es. Immer wieder Milosevic, Milosevic. Wir sind nicht nach Jugoslawien gefahren, um uns in die innere politische Situation des Landes einzumischen. Wir wollten in Kontakt mit Jugendlichen treten und uns mit den Menschen solidarisieren, die die wahren Opfer dieses Krieges sind, und das ist die einfache Bevölkerung Jugoslawiens, nicht Milosevic.

Wie habt ihr denn nun die Menschen erlebt?

Bei den Jugendlichen herrscht eine allgemeine Perspektivlosigkeit. Sie wissen nicht, wie ihr Leben nach dem Schulabschluss weitergehen soll; in einem Land, in dem es so gut wie keine Arbeitsplätze gibt, in dem fast die ganze Infrastruktur zerstört ist, das wirtschaftlich und kulturell isoliert ist. Bei vielen Jugendlichen bemerkt man die psychischen Auswirkungen des Krieges. So saß ich einmal mit der Freundin einer unserer Gastgeberinnen in einem Raum, als ein Gewitter kam. Sie bekam ein angstverzerrtes Gesicht: „Immer bei Gewitter habe ich Angst, das erinnert mich an Krieg.“ Bei anderen merkt du Angstreaktionen, wenn ein Flugzeug rüberfliegt. So zitterte bei der Frau eines Lehrers beim Essen plötzlich die Gabel heftig. Ein Mädchen berichtete uns, dass in ihrem Haus kleine Kinder an den ersten Bombentagen aufgehört

hatten, überhaupt sie sprechen. Bis Ende des Krieges blieben sie stumm, einfach stumm.

Und wie war die Schulsituation?

Die Klassen sind total voll. Über 40 SchülerInnen. Auch wurde in zwei Schichten unterrichtet: eine von 8-13 Uhr, die zweite von 14-19 Uhr. Einige Schulen sind noch kaputt, und es gibt viele serbische und Roma-Flüchtlinge aus Bosnien, dem Kosovo, aus Kroatien. Durch die Druckwellen der Nato-Bomben sind die Decken in den Klassenräumen unserer Partnerschule beschädigt und teilweise zerstört worden. Der Schaden ist mittlerweile jedoch wieder behoben worden. Während des Krieges blieben die Schulen geschlossen, und bis kurz vor unserer Ankunft fiel der größte Teil des Unterrichts aus, da sich die meisten Lehrer in einem Streik befanden. Dem jugoslawischen Staat fehlt das Geld, um die Lehrer weiterhin zu bezahlen.

Wie bei uns nach dem 2. Weltkrieg. Habt ihr auch über Politik gesprochen?

Natürlich. Alle lehnen durchgehend das Nato-Bombardement ab. Die Stimmung unter den Jugendlichen richtet sich fast einstimmig gegen Milosevic. Interessant ist, dass die jugoslawische Regierung häufig in einem Atemzug mit den Regierungen des Westens angeprangert wird: „Die Nato, Clinton, Schröder, Milosevic; die arbeiten doch all zusammen gegen uns.“ Die Jugendlichen leisten Widerstand gegen jegliche Autorität, sehr auffällig, auch gegen die Lehrer, null Respekt. Auch im Unterricht, „ooch, die Lehrer!“ Und gegen alle Parteien. Aber sie wollen sich auch nicht von der Opposition vereinnahmen lassen.

Wie sind die Schüler euch denn als deutschen SchülerInnen begegnet?

Total offen und sachlich, da wir ja auch gegen die Nato sind. Sonst ist an der Schule die Geschichte noch sehr lebendig. Sie haben dort einen Klassenraum mit Fotos der 1941 Erschossenen, Dokumenten und letzten Grüßen an die Eltern. Auch der Vater des Direktors wurde damals erschossen. Die Glaskuppeln des Museums, das an das Massaker der deutschen Wehrmacht 1941 erinnert, sind durch die Druckwellen der Nato-Bomben fast vollständig zerstört worden. Sie konnten bis heute nicht repariert werden, da die finanziellen Mittel fehlen. Ich kann das Gefühl nur schwer beschreiben, das ich bekam, als ich mich in dieser Ge-

denkstätte befand. Einem Ort, der daran erinnert, was deutsche Soldaten der jugoslawischen Bevölkerung angetan haben, und nun, 58 Jahre danach, durch einen Krieg unter deutscher Beteiligung beschädigt wurde.

Wie habt ihr eure Reise finanziert?

Der Austausch ist zu großen Teilen durch Spenden von Privatpersonen entstanden. Einen Teil der Reisekosten haben wir jedoch selbst bezahlt.

Wie geht es weiter?

In der nächsten Woche schreiben wir gemeinsam einen Bericht. Und nun bereiten wir den Gegenbesuch der serbischen SchülerInnen vor. Sie sollen schon Anfang September kommen und in unseren Familien wohnen. Weil in Kragujevac die meisten arbeitslos sind, weil das Autowerk zerstört ist, und von DM 20,- monatlicher Arbeitslosenunterstützung leben müssen, müssen wir sie schon einladen. Selbst der „Zastava“-Autoarbeiter hat, wenn er denn arbeitet, nur DM 80,- monatlichen Lohn. Dies entspricht auch dem jugoslawischen Durchschnittseinkommen. Dafür sammeln wir nun Geld. Ich sag hier mal das Konto. Treuhandkonto Ernst Otte, Stichwort Kragujevac, Nr. 12 36 / 12 53 97 bei der Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50. Wer toll findet, was wir tun, sollte uns auch mit Geld unterstützen. Jedenfalls soll daraus nun eine echte Schulpartnerschaft werden.

Kontaktadresse:

**Anna Sarah Mieves, Bundesstr. 76,
20144 Hamburg, Tel. (0 40) 45 83 66,
Fax: 41 35 52 30**

Jeder kann nur den Hut ziehen vor diesen SchülerInnen: Selbst eine solche Reise zu organisieren, ist eine bestandene Reifeprüfung und wird von keinem internationalen Test erfasst. Wie viele Vorurteile, Propagandabilder und Widerstände galt es zu überwinden. Anerkennenswert auch, dass „Offizielle“ hier über ihren Schatten sprangen. Erbärmlich die deutsche Presse: Nur drei Journalisten erschienen zur Pressekonferenz über die Reise in der Jahnschule – und kein Wort von der Reise in der Hamburger Massenpresse, die sonst jede lokale Computerspende einer Firma feiert. Auch dies ein Lehrstück in Sozialkunde. Es geht doch nichts über Realbegegnungen – sie sind weder durch Arbeitsblätter, Fernsehberichte und Internet-Links zu ersetzen. Und man kann sicher sein, dass hier die „Sachen geklärt und die Personen gestärkt“ wurden (Hartmut von Hentig), dass neue Fragen auftauchten. Da spottete noch einer über „peoples Diplomacy“ oder den „Dialog von unten“. Und die Jahnschüler haben den Schröders und Fischers eine Lektion erteilt: Sie redete mit Ihresgleichen. Das ist allemal besser, als Bomben aus großer Höhe zu schicken. So stelle ich mir große Politik im Klassenzimmer vor. *Horst Bethge*

Kommunale Politik

Sozialhilfe verweigert:

HAMBURG. Das Bezirksamt Altona hat in den vergangenen Monaten immer wieder Antragstellern die Sozialhilfe nach vier Wochen verweigert. In der Begründung hieß es „Sie können sich durch Arbeitsaufnahme selbst helfen und haben daher keinen Anspruch auf Sozialhilfe“. Arbeit gebe es genug, „dies belegt auch ein Blick in die heutige Bildzeitung“ schrieb das Amt. „Ein sozialpolitischer Skandal und eine Frechheit“, so kritisiert die Bürgerschaftsgruppe REGENBOGEN – für eine neue Linke. „Die Praxis der Sozialamtes Altona bedeutet die Demontage eines sozialen Grundrechts. Wider besseres Wissen macht sich die Altonaer Verwaltung zum Sprachrohr der Stammtische. Sozialhilfe soll die menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherstellen. Die Praxis in Altona hingegen macht die Sozialhilfe zum Steigbügelhalter für neue Niedriglohnsektoren.“ Regenbogen will in der Bürgerschaft beantragen, dass auch für SozialhilfeempfängerInnen normale ArbeitnehmerInnenrechte gelten und dass untertariflich entlohnte, sozialversicherungsfreie und andere nicht existenzsichernde Arbeitsverhältnisse von ihnen abgelehnt werden können.

Ehrenbürger: **MANNHEIM.** In Zusammenarbeit mit der grünen Gemeinderatsfraktion will die Initiative „Solidarität mit Mumia Abu-Jamal“ erreichen, daß der mit der Todesstrafe bedrohte Bürgerrechtler Ehrenbürger Mannheims wird. Einen entsprechenden Antrag werden die Grünen am 29. Juni im Gemeinderat stellen. Außerdem wollen sie eine Petition des Gemeinderats erreichen, in der vom Gouverneur von Pennsylvania die Freilassung Abu-Jamals und die Ächtung der Todesstrafe gefordert wird.

Privatisierung: **STUTTGART.** Die CDU-Fraktion im Stadtrat hat beantragt, das Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung zum 1.1.2001 in einen Eigenbetrieb und ab 1.1.2002 in eine GmbH umzuwandeln, deren Anteile zu 49% an einen „privatwirtschaftlichen Dritten“ veräußert werden sollen. Damit soll das Problem der Kostensteigerung in den Griff bekommen werden und Gebührenstabilität erreicht werden. Die Ursachen der steigenden Kosten werden damit jedoch nicht beseitigt, nämlich das Abwandern der Industrie zur Billigentsorgung im Osten und die Unterauslastung der Müllverbrennung dadurch und durch die wachsende Mülldisziplin der Bevölkerung.

Koalitionsvereinbarung: **KÖLN.** Die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen

bleibt nach Ansicht des Nordrhein-westfälischen Städtetages in wichtigen Punkten hinter den Forderungen der Städte zurück, die diese während der Koalitionsverhandlungen an die künftige Landesregierung gerichtet haben. Dringend notwendig wäre ein Anhörungs- und Beteiligungsrecht der kommunalen Spitzenverbände in der Landesverfassung. Auf scharfe Kritik der Städte stößt die Feststellung in der Koalitionsvereinbarung, wonach sich die finanzielle Situation der Kommunen im Durchschnitt besser als die des Landes entwickle. „Aus solchen einseitigen Wertungen auch noch abzuleiten, dass die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen zugunsten des Landes verbessert werden müssten, ist ein Hohn“, so Stüber. Als zu vage und unverbindlich werten die Städte in diesem Zusammenhang die Willenserklärung der Koalitionspartner, bei einer Aufgabenübertragung auf die Kommunen einen vollen finanziellen Ausgleich zu gewähren (Konnexität). „Denn wir haben in den vergangenen Jahren leidvoll erfahren, dass uns etwa bei der Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe Aufgaben übertragen wurden, ohne dass die Finanzen dem gefolgt sind“. Enttäuscht sind die Städte auch darüber, dass das Land nicht die Hälfte der Infrastruktur-Vorhaltekosten für den Öffentlichen Personennahverkehr übernehmen will.

Umweltpolitik: **BERLIN.** Der Deutsche Städte- und Gemeindebund zieht eine ernüchternde Bilanz der bisherigen Umweltpolitik des Bundesumweltministers. Insbesondere sei bislang nicht festzustellen, dass der Bundesumweltminister mit der Kreislaufwirtschaft tatsächlich ernst mache. Als Beispiel einer nicht erfolgten Umsetzung notwendiger Regelungen bezeichnete der DStGB die Entsorgung von Elektronikschrott. Folge sei eine weitgehend ungeordnete Entsorgung dieser Altgeräte, was mit einem erheblichen Schaden für die Umwelt verbunden sei. Weiter fordert der DStGB eine Stärkung der kommunalen Abfallwirtschaft. Notwendig seien eindeutige und praxisgerechte Regelungen. Nur so könne dem derzeit bestehenden „Mülltourismus“ über die Bundesgrenzen hinweg wirksam entgegengetreten werden. Der DStGB fordert ferner eine Überarbeitung der Verpackungsverordnung mit dem Ziel einer stärkeren Verwertung und der Schaffung von mehr Wettbewerb. Dies sei dringend notwendig, um die Gebührenbelastung für die Bürgerinnen und Bürger zu reduzieren. Privatwirtschaftliche Organisationen, die zugleich eine Monopolstellung wie die DSD AG inne hätten, führten zwangsläufig zu uneffizienten Leistungen zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger.

(Zusammenstellung: ulj)

Erneut Urabstimmung im ö.D.

Vielleicht hätte die Überschrift in den letzten Politischen Berichten mit einem Fragezeichen enden sollen. Aber der aufmerksame Leser wird auch so gemerkt haben, dass von anfeuernden Kampfrufen in dem Artikel nicht die Rede war. Was ist in den letzten 14 Tagen geschehen?

- Die Urabstimmung bei der ÖTV brach nur 76%. Zwar halten manche die 75%-Marke der ÖTV für überhöht, für einen sogenannten Erzwingungsstreik ist dieses Quorum jedoch unerlässlich. Es musste nicht erst in der Zeitung stehen, dass diese 76% mit großer Wahrscheinlichkeit zurecht gerechnet worden sind. Alle aktiv Beteiligten haben bei den Urabstimmungen gemerkt, dass eine völlig andere Stimmung als 1992 da war und viele nur um der Einheit willen für den Streik gestimmt haben, weil das Scheitern der Urabstimmung eine zu große Blamage gewesen wäre.

- Eigentlich war es schon sehr verwunderlich (wenn nicht gar fahrlässig?), dass die große Tarifkommission das Schlichtungsergebnis abgelehnt hat, denn die satzungsgemäße Rückkopplung mit den Kreisverwaltungen hat eine mehrheitliche Zustimmung zur Einigungsempfehlung erbracht. Allerdings hat die Mehrheit der Kreisverwaltungen im Osten die Ablehnung befürwortet. Wo es nun dann aber an Kampfeswillen bei der Urabstimmung gefehlt hat, bleibt dahin gestellt.

- Die zwischen Urabstimmung und Streikbeginn wieder aufgenommenen Verhandlungen haben ein verändertes Gesamtergebnis (siehe Kasten) erbracht, über dessen Bewertung es heftigen Streit gibt. So rechnen die einen vor, dass dieses nachverhandelte Ergebnis in der Summe weniger wert ist als das Schlichtungsangebot, vor allem aufgrund der langen Laufzeit. Die anderen sprechen von verbessertem Angebot, u.a. weil die 4 x 100 DM eine – wenn auch kleine – soziale Komponente für Einkommen bis 5000 DM darstellen. Verärgert reagierten vor allem Beschäftigte aus dem Tarifgebiet Ost, da die 90%-Angleichung als vorläufige Endmarke stehen geblieben ist. Dass sie jetzt früher erreicht werden, befriedigt sie nicht.

Die großen Tarifkommissionen von ÖTV und DAG empfehlen Annahme. Dies dürfte insbesondere dem schlechten Urabstimmungsergebnis geschuldet sein. In den Medien wurde Stimmung gegen den Streik geschürt, der als überflüssig bezeichnet wurde.

Das neue Verhandlungsergebnis ist aber auch besser, wenngleich es wahrscheinlich, wie die Medien berichten, in

der Summe nicht höher ausfällt:

- Für die Monate April bis Juli gibt es jeweils 100 DM, Ost wie West. Dies ist wie bereits erwähnt eine gewisse soziale Komponente, schließlich sind ca. 70% der Beschäftigten im einfachen und mittleren Dienst und diese befinden sich allemal unterhalb der 5000-Mark-Grenze, ab der die 2% mehr Geld bringen würden. Im Osten gilt dies um so mehr.

- Ab 1. August gibt es eine prozentuale Erhöhung um 2%, ab 1. September 2001 eine weitere um 2,4%. Die prozentualen Tarifierhöhungen werden tabellenwirksam, somit höher die jetzig vereinbarten 2% und 2,4% besser als die ursprünglichen 1,8% bzw. 2,2%. Die lange Laufzeit schmälert dies zwar wieder. Unbegründet dürfte jedoch die Auffassung oder Angst sein, dass das Tarifergebnis durch die Inflationsrate überholt würde. Sollte dies der Fall sein, so gibt es in der gewerkschaftlichen Tarifarbeit Beispiele, wie man damit umgehen kann, nämlich mit Nachforderungen.

- Die Angleichungsschritte Ost an West erfolgen etwas langsamer am Anfang, enden aber früher und vor allem haben sich die Arbeitgeber bereit erklärt, danach über eine weitere Tarifangleichung zu verhandeln. Außerdem wurde in Aussicht gestellt, dass über eine Anpassung bei der Arbeitszeit geredet werden kann – so vage dies auch ist.

- Bei der Zusatzversorgung hängt alles von den weiteren Verhandlungen ab, die bis Ende 2001 stattzufinden haben. Bis dahin sind die von den Arbeitgebern geforderten Verschlechterungen weitgehend vom Tisch. Somit ist die Forderung der ÖTV nach Raushalten der Zusatzversorgung weitgehend erfüllt.

Nach diesem Urabstimmungsergebnis und der Annahmempfehlung durch die große Tarifkommission kann man mit Sicherheit davon ausgehen, dass die erforderlichen 25% bei der ÖTV erreicht werden. Das Problem wird eher darin bestehen, dass sich nicht mehr viele beteiligen werden, was dann sowohl die Befürworter wie die Kritiker des Verhandlungsergebnisses für sich reklamieren werden.

Es wird keinen Arbeitskampf geben – aus meiner Sicht ein Glück, denn die Interessen waren zu verschieden und die Spaltungsgefahr viel zu groß: Der Westen wollte mehr Geld, der Osten die Angleichung, die Älteren wollten keine gekürzte Zusatzversorgung, und die Jüngeren hatten kaum Gewicht. Und so wird die ÖTV zwar keinen verlorenen Arbeitskampf haben, aber der interne Streit wird heftig weiter gehen.

har



Das neue Verhandlungsergebnis vom. 13.6.2000

Einkommen

Die Einkommen für ArbeiterInnen und Angestellte werden ab 1. August 2000 um 2% und ab 1. September 2001 um weitere 2,4% erhöht.

Für die Monate April bis Juli 2000 wird eine Einmalzahlung von 100 DM monatlich gezahlt, insgesamt 400 DM. Beschäftigte in West und Ost erhalten den Betrag in gleicher Höhe.

Die Ausbildungsvergütungen und Entgelte werden ab 1. April 2000 um 2% und ab 1. September 2001 um weitere 2,4% erhöht.

Laufzeit der Einkommenserhöhungen bis 31. Oktober 2002.

Die Zuwendung bleibt auf dem Niveau von 1993.

Angleichung Ost an West

Die Einkommen Ost werden an das Westniveau in folgenden Schritten angehoben:

ab 1. August 2000 auf 87%

ab 1. Januar 2001 auf 88,5%

ab 1. Januar 2002 auf 90%

Laufzeit der Angleichungsschritte bis 31.12.2002.

Die Arbeitgeber erklären sich bereit, danach über eine weitere Tarifangleichung zu verhandeln.

Zusatzversorgung

Bei der Zusatzversorgung haben die Arbeitgeber Vorschläge der Gewerkschaft ÖTV aufgegriffen, die sie noch im März abgelehnt hatten. Zum Beispiel den Arbeitnehmerbeitrag zur Zusatzversorgung bei der fiktiven Nettoberechnung zu berücksichtigen. Der von den Arbeitgebern geplante Systemwechsel der Zusatzversorgung findet so nicht statt.

Allerdings: bis Ende 2001 sollen Verhandlungen stattfinden, um die dauerhafte Finanzierbarkeit der Zusatzversorgung sicherzustellen. Daran hat auch die ÖTV Interesse.

Bestehende Zusatzrenten werden gesichert. Das von den Arbeitgebern ursprünglich gewollte Einfrieren der Versorgungsrenten ist bis Ende 2001 vom Tisch.

Sonstiges

Die übrigen Ergebnisse gelten weiter. Hinzu kommen Gesprächszusagen des Bundes

- zur sozialen Absicherung der Zivilbeschäftigten der Bundeswehr

- zur Modernisierung des Tarifrechts

- zur Verlängerung des Umzugstarifvertrages (Bonn/Berlin)

weitgehend zitiert aus „Urabstimmungsinfos 2/2000“ der ÖTV

„Allzweckwaffe Globalisierung“

Unter diesem Titel trafen sich am 5. Juni in Köln rund 50 am „Linken Dialog“ interessierte und beteiligte GewerkschafterInnen.

In linken Kreisen gehört ja bekanntlich alles irgendwie zusammen. In diesem Fall waren die Beziehungen gar nicht so fern: So wurde ein Resümee der Metalltarifrunde vorgetragen vom Atlas Copco Betriebsratsmitglied Udo Bonn, des Widerstandes bei Opel-Bochum gegen die Folgen des Joint Ventures mit Fiat vom Opel Betriebsrat Wolfgang Schaumburg und von Marie Paule Connon ein Bericht über die Euromärsche und linke Brüsseler Initiativen beim IGB unter dem Titel „Allzweckwaffe Globalisierung“ abgearbeitet.

Es gelang und es entspann sich unter reger Beteiligung der Anwesenden ein interessanter Meinungsaustausch den eine Teilnehmerin treffend charakterisierte: Dass Gewerkschafter überhaupt noch über Sozialismus und Utopien diskutieren, ist schon eine echte Erholung.

Tarifrunden haben natürlich immer dann etwas Ödes, wenn sie von Gewerkschaften geführt werden, die meinen, die Interessen der Beschäftigten den Anforderungen der Globalisierung unterordnen zu müssen. Dies wiegt besonders deprimierend, wenn diese Gewerkschaften mit ihrer Unterstützung von Outsourcing- und Outplacement-Programmen kräftig dazu beitragen, ihr Klientel immer weiter zu verringern. (Bestenfalls gibt man sich noch zur Vertretung der outgesourceten Stammbeslegschaften her – wie bei Ford – dann ist aber Schluss! Es wäre ja noch schöner, wenn man die Bereiche zur Kostensenkung outsourcen würde, und anschließend ihre Interessen als Gewerkschafter vertritt. Das gäbe aber Krach im Aufsichtsrat – und den kann man in diesem Moment vermutlich „bei Gott“ nicht gebrauchen.). Trotzdem

haben Tarifrunden auch ihre Innensicht, die Udo Bonn damit charakterisierte:

- Es wird keine Basisarbeit geleistet und damit die Basis demobilisiert und in eine rein defensive Rolle gedrängt.

- Es werden die Regeln der innergewerkschaftlichen Demokratie missachtet, indem statt mit innergewerkschaftlicher Meinungsbildung und Entscheidungsfindung mit Pressecommuniqués operiert wird

- Es wird mit der Reduktion auf die Kernbelegschaften das angesprochene Klientel und als Folge von allen dreien die Mitgliedschaft verringert.

Das Unangenehme ist, wir haben wenig Mittel, etwas dagegen zu tun; und sich darüber freuen, dass sie damit den Ast absägen, auf dem sie sitzen, nützt wenig: Einmal kann sowas ausgesprochen lange dauern – der Kapitalismus sollte auch eigentlich schon eine Weile tot sein – zum zweiten haben wir zur Zeit nichts Besseres in der Reserve.

Ermutigender als das Tarifrundenergebnis war dann schon der Bericht von Wolfgang Schaumburg von Opel. Mehrere spontane Arbeitsniederlegungen, massenhafte „Besuche“ von Kollegen bei der Vertrauensleutesprechstunde signalisieren: Was Unternehmensleitungen unter dem sog. „Druck der Globalisierung“ für erforderlich halten, wird an der Basis nicht unbedingt geteilt. Eine linke Betriebsratsformation tut das Ihre dazu, dass dieser Widerstand nicht am Verhandlungstisch zerredet und zerrieben wird, dass die „Sozialpartnerschaftsspezialisten“ die Karten ab und zu auflegen müssen und die Konkurrenz zwischen den Standorten abgebaut wird. Angesichts dieser Lage ist es als Erfolg anzusehen, dass demnächst gemeinsame Aktionen der Belegschaften vom Opel-Werk I und II stattfinden werden. Bemerkenswert ist die ausgezeichnete Darstellung der Auseinandersetzung mit aktuellen Kommentaren, Presseübersichten aus Bochum, Turin und den USA zu diesem Konflikt im Internet unter www.labournet.de.

Beim derzeitigen Diskussionsstand in

der Linken ist es wenig verwunderlich, dass Wolfgang Schaumburg die eigene Schwäche bei der Darstellung von „hoffnungsvollen Ausblicken“ zugeben musste. Auch da ist es immerhin bemerkenswert, dass linke Gewerkschafter über Entgelt, Arbeitsplatz und Fusion hinaus noch nach darüber hinausgehenden Perspektiven suchen.

Marie Paule Connon berichtete vom Stand der Euromärsche, den Vorbereitungen auf Nizza im Dezember diesen Jahres und damit verbundene Initiativen der linken Szene innerhalb des IGB in Brüssel.

Nach einer anfänglichen Klage, dass es zu wenig um Globalisierung und zuviel um Tagesauseinandersetzungen gegangen sei, und Beiträgen zur Unterstützung des Kampfes der ÖTV-Kolleginnen und Kollegen, wurde in der Diskussion mehr und mehr herausgearbeitet, dass es nicht reicht, über die Erpressungen unter dem Pseudonym „Globalisierung“ zu klagen, sondern dass wir nicht umhin kommen, eine linke Strategie und Perspektive in den derzeitigen Auseinandersetzungen zu entwickeln.

Es entspann sich eine Kontroverse zwischen der Position eines primär anzustrebenden Kampfes um Arbeitszeitverkürzung und der Forderung, dass linke Gewerkschafter sich von der reinen Betriebs- und Gewerkschaftsperspektive auch den lokalen und regionalen Initiativen und Einrichtungen zuwenden, die außerhalb dieser Sphären nach wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alternativen suchen. Es wurden da Beispiele US-amerikanischer Gewerkschaften und der CUT genannt. Nicht geführt wurde die Diskussion mit der eingangs geforderten feministischen Sichtweise. Ohne die ist die ganze Sache sowieso perspektivlos.

Um die Debatte weiter zu führen, wurde vorgeschlagen, noch in diesem Jahr einen Abend zu diesem Thema vorzubereiten.

Eine bescheidene Perspektive, aber immerhin eine.

pb

Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken – Einladung zum 2. Treffen in Hannover

Sonntag 2. Juli von 13.00 h bis 18 Uhr
in den Räumen der iranischen Gemeinde
„KARGAH“ Zur Bettfedernfabrik 1
Hannover Linden (Faust-Gelände)

Kontakt: Heinz-Günter Lang/Postfach 1201/
64660 Alsbach-Hähnlein Tel. 06257/1468
Ewald Wehner/Paul-Gerhard-Ring 15/
60528 Frankfurt/M Tel. 069/6661867 und
Fax 66122799

AG Sozialpolitik

Informationen zur AG Sozialpolitik bei bachmann.hamburg@t-online.de
Oder FAX 040 429 36 914 (Andreas Bachmann)

Anmeldungen für den 2.7. erwünscht!
<http://www.labournet.de/>

Wegbeschreibung:

ab Hannover Hbf.: Strassenbahn Nr. 10 in Richtung Ahlem – Aussteigen Station Leinaustrasse in die Leinaustrasse einbiegen und dann ca. 5 Min zu Fuß bis zum Faustgelände.

Tagesordnung für den 2. Juli:

Alternativen zur Renten- und Arbeitsmarktpolitik der rot-grünen Bundesregierung (II)
– Inhaltliche Vorbereitung auf den Herbst/Winter-Kongress der Gewerkschaftslinken
– Bewertung der rot-grünen Rentenkonzeption vom 30. Mai
– Sofern erforderlich: Schlußredaktion des

flyers Solidarische Rentenversicherung
– Veranstaltungsplanungen zum Thema Solidarische Rentenversicherung
– Kampagne des Runden Tisches der Erwerbsloseninitiativen
– Niedriglohnsektor

Zur Zeit erstellt die AG eine kompakte Broschüre zur Rentenpolitik, Inhalt:

- Einleitung
- Systemwechsel in der Sozialen Rentenversicherung von der Umlage zur Kapitalversicherung
- Vorruhestandspolitik aus betrieblicher Sicht, Arbeitsbedingungen für „Junge“ und „Alte“
- Kritik der Rentenkonsensrunde in Berlin
- Alternativen in und mit der Sozialen Rentenversicherung

Hintergründe eines „Einkaufs-Paradieses“

Als vor drei Jahren Wal-Mart, die größte Einzelhandelskette der Welt, mit der Übernahme von Wertkauf in den Kampf um Marktanteile in Deutschland eintrat, machte das Unternehmen einerseits durch die aggressive Preispolitik und andererseits vor allem durch seine „Führungs-Kultur“ von sich reden. Die Beschäftigten werden intensiv mittels psychologisch ausgetüftelter Methoden auf das oberste Konzernziel eingeschwo- ren. Beim („freiwilligen“) Morgen-Appell stehen die „morning-cheers“ auf dem Programm: „Wer ist die Nummer Eins? – Der Kunde, der Kunde, der Kunde!“ Szenen wie bei religiösen Bekehrungsveranstaltungen konnte man zur Illustration der neuen Wal-Mart-Führungsstrukturen im Fernsehen beobachten. Wer in den Wal-Mart Häusern, z.B. dem ehemaligen Wertkauf auf der Vogelstang einkauft, gewinnt leicht den Eindruck, Zeuge einer permanenten Olympiade der Beschäftigten zu sein: „Champion of the week“ prangt da auf dem Sweatshirt einer Kassiererin. Andere tragen Buttons „Unsere Leute machen den Unterschied“. Das alles, damit Wal-Mart vermittelt einer möglichst hoch motivierten Belegschaft weltweit die Nummer Eins in Umsatz und Profit bleibt und noch mehr Abstand zu den Verfolgern bekommt.

Grundlegend ist für Wal-Mart neben der erfolgreichen Anziehung riesiger Kundenströme seine Macht als Einkäufer, der bei seinen Lieferanten die Margen entsprechend drücken kann. Teilweise agiert Wal-Mart jedoch auch selbst als Hersteller seiner Waren, besonders in Textilien, „natürlich“ in Fernost.

Ein Schlaglicht auf die Hintergründe der „Käufer-Paradies“-Preise werfen die folgenden zwei Berichte, die Dr. Heiner Köhnen (TIE) in „Das System Wal-Mart“, mitteilt, und die wir im folgenden dokumentieren.

Das Aufzeigen solcher Zusammenhänge wie hier am Beispiel Wal-Mart ist im übrigen Gegenstand eines in Gründung befindlichen Arbeitskreises „Gewerkschaften International“. Die Initiative dazu geht von der Gewerkschaft hbv Mannheim/Heidelberg aus. (tht)

Der Fall Beximco in der Freien Produktionszone in Dhaka, Bangladesch

Als „Freie Produktionszonen“ werden industrielle Enklaven zumeist in der Dritten Welt bei bezeichnet, in denen in der Regel ausländische Investoren unter besonders günstigen Bedingungen für den Export produzieren. Sie können bspw. Waren und Rohstoffe zollfrei einführen, erhalten Steuererleichterungen auf Umsatz und Gewinn, subventionierte Gebäude und Land und oftmals arbeitsrechtliche Ausnahmeregelungen. In den Freien Produktionszonen Banglade-

schs sind Gewerkschaften verboten. Betriebs- oder Tarifvereinbarungen gibt es nicht.

Wal-Mart zahlt keine Steuern (obwohl im Geschäftsjahr 1999 der Umsatz Wal-Marts 36 mal größer als der Staatshaushalt Bangladeschs war). Beximco, ein Textilhersteller Wal-Marts, der in Dhaka ca. 1.000 ArbeiterInnen – zu 80% Frauen – beschäftigt, verstößt in mehreren Fällen gegen die arbeitsrechtlichen Normen des Landes. Nach geltendem Arbeitsrecht in Bangladesch beträgt die wöchentliche Höchstarbeitszeit 60 Stunden (48 Stunden Normalarbeitszeit plus 12 mögliche Überstunden). In einer Woche muss es einen freien Arbeitstag geben, die Überstunden müssen mit dem doppelten Stundenlohn bezahlt werden.

Menschenrechtsgruppen in den USA hatten dagegen aufgedeckt, dass bei Beximco zum Teil 87 Stunden pro Woche gearbeitet wurde (125 Stunden an 7 Tagen) und nur bis zu 80 Stunden mit weniger als einem Drittel des gesetzlich festgesetzten Überstundenzuschlags bezahlt wurden (vgl. National Labor Committee 1999). Die tägliche Arbeitszeit war zwischen 7.30 Uhr und 20.00 Uhr. Bei hoher Auftragslage wurden die Beschäftigten auch gezwungen, nach 20.00 Uhr – die ganze Nacht über – weiter zu arbeiten. Der gesetzliche Mindestlohn für Näherinnen in der Produktionszone beträgt 33 Cents die Stunde, knapp 70 Dollar im Monat. Beximco zahlte dagegen Zwischen 9 und 20 Cents die Stunde ohne Krankenversicherung oder Mutterschaftsurlaub, d.h. zwischen 18,56 und 41,24 Dollar im Monat und damit zwischen 40% und 75% unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Der gesetzliche Lohn für Überstunden bringt 66 Cents die Stunde. Beximco bezahlte 20 Cents.

Die übrigen Arbeitsbedingungen sind katastrophal. In der Fabrik gibt es kein medizinisches Personal. Der Zugang zu Toiletten unterliegt Restriktionen: Die Beschäftigten benötigen eine Erlaubnis, und die Zeiten der Nutzung werden notiert. Im Arbeitsalltag besteht Druck, die Produktionsquoten zu erreichen. Die Frauen werden angeschrien und Beschäftigte, die sich wehren, werden entlassen. Im Dezember 1998 wurde 20 ArbeiterInnen gekündigt, nachdem sie sich geweigert hatten, nach ihre Tagschicht von 12,5 Stunden noch je eine weitere 12-Stundenschicht in der Nacht zu arbeiten (vgl. ebenda).

Wal-Mart gibt vor, Herstellern einen Verhaltenscode aufzuerlegen, der Arbeiter- und Menschenrechte garantieren soll. Zu geringem Erstaunen ist dieser allerdings in Bangladesch unbekannt.



Schadensersatzklage wegen verheerender Arbeitsbedingungen bei Zulieferern

1999 haben Gewerkschaften und Menschenrechtsgruppen 18 Einzelhandelsunternehmen, darunter Wal-Mart, vor dem Bundesgericht und zwei Landesgerichten in Kalifornien und Saipan verklagt, für verheerende Arbeitsbedingungen bei Textilherstellern auf der US-amerikanischen Insel Saipan im Südpazifik verantwortlich zu sein.

Aus Saipan werden jährlich Waren im Wert von ungefähr einer Milliarde US\$ in die USA geschickt, wesentlich billiger als Importprodukte aus China oder den Philippinen. Dies war das erste Mal, dass US-Unternehmen mit Hilfe der Gesetze gegen das organisierte Verbrechen mit dem Vorwurf angeklagt wurden, verantwortlich für die Misshandlung von über 50.000 Beschäftigten in ausländischen Unternehmen auf US-Boden zu sein und davon profitiert zu haben. Unter Herstellern hat Saipan den Ruf als Quelle für billige, qualitativ hochwertige Textilien, da diese Insel von gesetzlichen Mindestlöhnen und restriktiven Einwanderungsgesetzen ausgenommen ist.

Die Meldung der Nachrichtenagentur Reuters liest sich wie ein Sklavenbericht. Unter dem Label „Made in the USA“ werden vor allem junge Frauen aus China, Bangladesch, Thailand oder den Philippinen mit dem Versprechen nach Saipan gelockt, dass sie qualifizierte und gut bezahlte Arbeit in den USA erhielten. Zum Teil haben sie zwischen 2.000 und 7.000 Dollar Vermittlungsgebühr bezahlt, nur um in der „Hölle zu landen“. Sie arbeiten vielfach 12 Stunden am Tag, 7 Tage die Woche, zu 3 Dollar die Stunde und werden zu manchmal unbezahlten Überstunden gezwungen.

In den letzten 5 Jahren wurden Hersteller mehr als 1000 mal gerichtlich vorgeladen, weil sie US-Arbeits-, Gesundheits- und -Sicherheitsbestimmungen missachteten und schwere Verletzungen oder Unfalltod in Kauf nahmen.

Untergebracht werden die Frauen in verwahrlosten Baracken und Siedlungen, bis zu sieben Personen in einem Raum. Die Siedlungen sind mit Stacheldraht umgeben und werden von bewaffneten Guards bewacht. Die Frauen haben in der Regel Ausgangssperre und es ist ihnen verboten, sich mit Männern zu treffen oder zu heiraten. Frauen, die schwanger waren, wurden zur Abtreibung gezwungen. Bei Missachtung der Verbote oder bei Klagen werden die Frauen eingeschüchtert, geschlagen oder mit Ausweisung bedroht.

Bei der Schadensersatzklage gegen die Einzelhändler geht es um 1 Milliarde US\$. Die Summe fiele allerdings dreimal so hoch aus, wenn die Einzelhändler unter dem Gesetz gegen das organisierte Verbrechen verurteilt würden (vgl. Reuters vom 14.01.99).

Zahl der Auslandshandelskammern wächst.

HB, Mittwoch, 7.6.2000.

Das weltweite Netz der deutschen Handelskammern wird immer dichter. Hauptgeschäftsführer des DIHT, F. Schoser teilt mit, die Zahl der Anfragen sei mittlerweile auf über 700000 pro Jahr gewachsen. Gerade sei ein neues Delegiertenbüro in Litauen von Bundeskanzler Schröder eröffnet worden, im August komme eines in Kroatien hinzu. Damit seien die Auslands-Handelskammern das mit Abstand wichtigste Instrument für die Unterstützung der deutschen Wirtschaft steuert das Bundeswirtschaftsministerium 55 Mio. DM etwa ¼ des Etats der Auslandshandelskammern dazu.

„Wettbewerb der Steuersysteme“.

HB, Dienstag, 13.6.2000. – BDI-Präsident H.-O. Henkel kritisiert statistische Angaben der EU, wonach die tatsächliche steuerliche Belastung der deutschen Körperschaften geringer sei als im EU-Durchschnitt. Sie enthielten weder die Gewerbesteuer noch den Solidarzuschlag. In der geplanten EU-Erweiterung sieht Henkel eine Chance zur Sicherung der europäischen Konkurrenzfähigkeit. Henkel zog als Vergleich die positiven Entwicklungen in den USA und Mexiko seit der Gründung der Nordamerikanischen Freihandelszone heran. Dadurch, dass westdeutsche Unternehmen Arbeitskräfte aus den Kandidatenländern einsetzen, spürten die westdeutschen Unternehmen den heilsamen Zwang, die verkrusteten Arbeitsmärkte zu liberalisieren und überfällige Strukturreformen voranzutreiben. „Für die Unternehmen eröffnet sich die Chance, dem bereits zu beobachtenden Facharbeitermangel zu entgehen,“ so Henkel.

BDI-Chef fordert Verkauf von Landesbanken und Sparkassen.

– H.-O. Henkel (BDI) hat eine radikale Reform des öffentlich-rechtlichen Finanzgefüges in Deutschland gefordert. Landesbanken und Sparkassen könnten im europäischen Wettbewerb nur bestehen, wenn sie schnell privatisiert würden. „Die politische Kontrolle über den öffentlichen Finanzsektor, die Deutschlands Politiker mit Daseinsvorsorge begründen, passt nicht mehr in dieses Jahrhundert“, so Henkel. Er forderte zudem eine Verschlinkung des Systems. Die Abschaffung einzelner Landeszentralbanken würde dem Steuerzahler viel bringen. „Dort werden über 10 000 Menschen beschäftigt mit neun volkswirtschaftlichen Abteilungen und neun Presseabteilungen“, so Henkel.

Presseauswertung: rst

„Ohne Sozialpolitik keine demokratische Gestaltung der Ostseeregion“

Ostseegewerkschaften fordern demokratische und faire Gesellschaften

Zweite Gewerkschaftskonferenz der Ostseeanrainerstaaten

LÜBECK. Die Gewerkschaften der Ostseeanrainerstaaten fordern „mehr beschäftigungs- und sozialpolitische Konzepte für die Gestaltung der Ostseeregion.“ Auf ihrer zweiten Konferenz am 20./21. Mai verglichen Vertreter von 21 Gewerkschaftsdachverbänden arbeitsmarktpolitische Instrumente und tauschten Erfahrungen aus. Peter Deutschland, Vorsitzender des DGB Nord, wies daraufhin, daß keine Region über eine derart augenfällige soziale und ökonomische Disparität verfüge, wie der Ostseeraum. Die Gewerkschaften, die nach eigenen Schätzungen rund um die Ostsee etwa 20 Millionen Mitglieder haben, wollen eine stärkere Berücksichtigung von beschäftigungs- und sozialpolitischen Konzepten durch die Politik erreichen. Andernfalls sei eine demokratische und partnerschaftliche Gestaltung der Ostseeregion, in der etwa 60 Millionen Menschen leben, nicht möglich sagte Deutschland. Gerade wenn die Bundesregierung im Juli den Vorsitz im Ostseerat übernehme, würden die Gewerkschaften nicht akzeptieren, daß nur Wirtschaftsverbände berücksichtigt und Wirtschaftsthemen in der Ostseepolitik berücksichtigt würden. Uno Westerlund von der schwedischen Gewerkschaftsorganisation TCO betonte in Lübeck die Zusammenarbeit: „Wir kennen die Richtung, doch wir sind noch am Anfang. Die

Kollegen aus den baltischen Staaten, aus Russland und Polen müssen jetzt ihre Bedürfnisse deutlich machen, um wirklich konkrete gemeinsame Wege zu finden“, betonte Westerlund.

Gemeinsame Plattform der Ostsee-Gewerkschaften

Bereits im Juli 1999 verabschiedeten in Helsinki 18 Vertreter eine gemeinsame „Plattform der Ostseegewerkschaften“. In dieser „Vision Baltic 2010“ werden Vorstellungen „für mehr Beschäftigung, soziale Demokratie und eine gemeinsame Entwicklungsperspektive für die Menschen im Ostseeraum“ zusammengetragen. Es sind Bestimmungen für „Prinzipien der gegenseitigen Kooperation“. Die Ostseeregion müsse sich in eine europäische Region, die durch demokratische und faire Gesellschaften charakterisiert wird, entwickeln. Die soziale Dimension müsse in den Prozess der Integration und Transformation implantiert werden. Ohne Sozialstaatlichkeit und eine gegen die Arbeitslosigkeit gerichtete Politik würden die Ziele von Integration und Transformation gefährdet. Nur mittels einer wirklich demokratischen und auch sozial gerechten Gesellschaftsordnung würde eine stabile Entwicklung der Ostseeregion erreichbar sein. Falls dies nicht gelänge, birge die extrem heterogene und ungleiche Entwicklung in der Ostseeregion große Risiken. In diesem Zusammenhang stehe auch zu befürchten





Bild oben:
Mare nostrum:
Oslo, Rathaus –
Der Weg in die
Idylle, Fresko der
Gewerkschaften
(1995)

Bild unten: Bauer
in Ziema Chelm-
ninska, Polen

ten, dass die sozialen und arbeitsrechtlichen Standards auch innerhalb der EU und den westeuropäischen Standards untergraben würden.

In der Beurteilung der gegenwärtigen Politikziele des Ostseerates und der Europäischen Kommission seien Elemente einer aktiven Beschäftigungspolitik und einer stabilisierenden Sozialpolitik nicht in Ansätzen erkennbar. Notwendig sei ein eindeutiger Paradigmawechsel einer integrierten Regional-, Struktur-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik für den gesamten Ostseeraum, der eine wirksamere Abstimmung gewerkschaftlicher Politikziele und Interessenwahrnehmung gegenüber den Wirtschaftsvertretungen, der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Ostseerat und der Fachministerkonferenzen voraussetze.

Insbesondere sei es nicht tragbar, daß es im Rahmen der strukturierten Zusammenarbeit auf ministerieller Ebene bislang keinen Ausschuß der Arbeits- und Sozialminister gebe. Für die Ostseeregion insgesamt sollte die fundamentalen ILO-Konventionen Anwendung finden und insbesondere die Europäische Sozialcharta zur Geltung kommen. Die Förderung des europäischen Gewerkschaftsbundes an die EU-Kommission, ein Weißbuch zur sozialen Lage und zur Sozialpolitik der Beitrittsländer zu erarbeiten, wird unterstützt. Die Erweiterung der EU dürfe der dringend notwendigen Weiterentwicklung und Ausweitung der Europäischen Sozialpolitik nicht im Wege stehen oder diese blockieren. Die Gewerkschaften lehnen in diesem Zusammenhang die Strategie der Werbung um Investitionen durch niedrigere Standards im Bereich der Arbeit ab.

Gefordert wird ein integriertes Beschäftigungsprogramm für den Ostsee-

raum, welches die mehrjährigen beschäftigungspolitischen Aktionsprogramme der jetzigen EU-Mitgliedstaaten koordiniert, die Beitrittsländer unter Beteiligung der Sozialpartner auf solche Programme verpflichtet, und die russischen Regionen mit wirtschafts-, struktur- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen bei der Bewältigung des Transformationsprozesses und den Folgen für die Beschäftigten unterstützt.

Bei den Strukturen gewerkschaftlicher Kooperation und Interessenvertretung seien es gerade die Vielzahl der heute in der Ostseeregion durchgeführten gewerkschaftlichen Projekte, Kooperationsforen, Netzwerke und Einzelmaßnahmen, die zunehmend die Frage nach Formen und Strukturen der Koordinierung und Konzentration aufwerfen würden. Die Ostseekonferenz der Vorsitzenden der Gewerkschaftsbünde sollen in Zukunft in Verbindung mit den Treffen des Ostseerates der Staats- und Regierungschefs veranstaltet werden. Hier soll auf die bestehende Struktur des Nordischen Gewerkschaftsrates zurückgegriffen werden. In einem Anhang werden detaillierte Forderungen zu einer beschäftigungsorientierten Innovationsstrategie, zu einer umfassenden Ausbildungs- und Arbeitsmarktoffensive, für eine Politik sozialer Mindeststandards, zur Förderung der Chancengleichheit, zur Förderung des sozialen Dialogs benannt. In einer Heranführungsstrategie zur Förderung der Freizügigkeit müssten die arbeitsrechtlichen Standards von Aufnahmeländern auch für Arbeitsmigranten gelten. Die europäischen Gewerkschaften und ihre Mitgliedsorganisationen rund um die Ostsee fordern rechtzeitige Information und Konsultation sowie Beteiligung in allen die Arbeitnehmer betreffenden Fragen.

Landesregierung setzt auf Einbindung

In einer ersten Reaktion würdigte Ministerpräsidentin Simonis die Konferenz als einen Beitrag zur Zusammenarbeit in der Ostseeregion. Im Zuge der EU-Osterweiterung müsse es gelingen, nicht nur neue Marktzugänge zu schaffen, sondern soziale Standards auch verbindlich zu verankern. Es sei eine Frage an alle Akteure in der Ostseepolitik, wo und was sie zum Beseitigen der sozialen Schieflage zwischen den einzelnen Staaten beitragen könnten. Tatsächlich stehen die sehr verhaltenen Versuche einer Gewerkschaftskooperation konträr zu dem, was gerade auch unter maßgeblicher Beteiligung der schleswig-holsteinischen Landesregierung forciert wurde: eine von Deutschland ausgehende Expansion nach Osten, die sich unter Einbindung Dänemarks und Schwedens als Ostseekooperation versteht. In diesem Konzept waren Gewerkschaften als Gestaltungsfaktor ausgeblendet. Der Bericht der Landesregierung über die Aktivitäten im Ostseeraum für 1997 sind 10 EU-geförderte Ostseeprojekte in Schleswig-Holstein mit insgesamt 7 Mio DM ausgewiesen, von denen das „DGB-Netzwerk Arbeits- und Gesundheitsschutz – südliche Ostsee“ gerade mal mit 50 000 DM gefördert wird. Den Gewerkschaften als Akteure im Ostseeraum, obwohl sie gerade erst dabei sind, ihre Interessen zu artikulieren, eine Verantwortung für die Ausnutzung der sozialen Schieflage anzudichten, ist von Simonis geschickt, weil dadurch nicht nur der Unbeteiligte zum Komplizen wird, sondern ihm gleichzeitig die Sicht des Täters eingepflanzt werden soll.

rua)

Pinneberger Tageblatt v. 22.5.00, „Vision Ostsee 2010, gemeinsame Plattform der Ostseegewerkschaften, Juli 1999

Die Mehrheit der Mitglieder, Sympathisanten und Sympathisantinnen der PDS

Hamburg waren am 17. Juni nicht bereit, dem Kurs des ausschließlich vom Kreis um die studentische Liste Links gestellten Arbeitsausschusses zu folgen und über Gott und die Welt zu diskutieren, als gebe es die ernsthaften Probleme im Landesverband nicht. Nach der Einladung zu dieser Landesversammlung hatten Mitglieder des Linken Dialogs in der PDS Hamburg fristgerecht einen Antrag zur Änderung der Tagesordnung vorgelegt, der neben der Entwicklung der weiteren Arbeit die Punkte Abwahl des alten und Wahl eines neuen Arbeitsausschusses beinhaltete. Dieser Antrag trug der Tatsache Rechnung, dass viele Mitglieder mit dem Zustand des Landesverbandes zutiefst unzufrieden sind: Er unterstützt die Kritik an und den Widerstand gegen die herrschende Politik kaum, die Arbeit von Mitgliedern und Gliederungen bzw. Zusammenschlüssen findet, bestenfalls, keine Unterstützung und wird oft genug durch den Arbeitsausschuss blockiert. Ein ähnlicher Antrag wurde kurz darauf von weiteren Mitgliedern eingereicht. Doch der Arbeitsausschuss weigerte sich in krassem Bruch der Landessatzung, die Anträge zu verschicken, und verhinderte so, dass die Versammlung über die Alternativanträge überhaupt abstimmen konnte. – Nicht verhindern konnte der Kreis um die Liste Links am 17. Juni jedoch – trotz des Versuchs, die Landesversammlung zu sprengen, dass die Landesmitgliederversammlung mehrheitlich beschloss: Eine weitere Landesversammlung wird sich am 15. Juli mit Tagesordnungspunkten zur Kritik der bisherigen und Entwicklung der zukünftigen Arbeit, Abwahl des alten und (wenn diese erfolgt) Neuwahl eines Arbeitsausschusses befassen. Wie hart dieser Beschluss erkämpft werden musste, zeigt die Tatsache, dass über sechs Stunden um die Konstituierung der Mitgliederversammlung gerungen werden musste und dass er dann schließlich gegen 19 Uhr gefasst und damit zugleich die Landesversammlung beendet wurde. *scc*

Ende Mai fand eine Klausurtagung der Bundesvorstandes der PDS statt. Wir berichteten in der letzten Ausgabe. Folgende organisatorische Maßnahmen wurden ergriffen:

1. Der Parteivorstand beschloss die Bildung einer Arbeitsgruppe zur inhaltlichen Vorbereitung des Bundesparteitages in Cottbus unter Leitung von Gabi Zimmer.

Die Arbeitsgruppe entwirft den Leit-antrag des Parteivorstandes – Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zu sozialer Gerechtigkeit. Gabi Zimmer wird diesen Leit-antrag auf dem Parteitag begründen.



Renten-Aktion der PDS am 13. Juni vor dem Kanzleramt in Berlin

Der Leitantrag des Parteivorstandes: Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002 wird durch den Bundesgeschäftsführer Dietmar Bartsch vorbereitet.

Der Parteivorstand schlug dem Parteivorsitzenden vor, in seiner Rede auf dem Parteitag auf die 10-jährige Geschichte der PDS und ihr erfolgreiches Agieren in der Gesellschaft einzugehen.

Weiterhin wurden acht Regionalkonferenzen der PDS vor dem Cottbuser Parteitag beschlossen (zwei im Westen und je eine in den östlichen Bundesländern).

4. Der Parteivorstand beschloss auf seiner Klausur in Hessenwinkel Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der innerparteilichen Kommunikation:

1. Mitglieder des Parteivorstandes beantworten via DISPUT öffentlich Briefe an den Parteivorstand und seine Bundesgeschäftsstelle.

2. Einmal wöchentlich stehen Mitglieder des Parteivorstandes Parteimitgliedern und weiteren Interessierten als Gesprächspartner/innen am Telefon zur Verfügung. Die „Telefon-Fragestunden“ finden dienstags von 17.00 bis 19.00 Uhr statt und werden über Anzeigen im ND, in PID und Disput bekannt gemacht.

7. Im Juni 2000 ruft der Parteivorstand die Mitglieder der PDS auf, ihre Vorschläge zu den Leitanträgen des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 7. Parteitages zu unterbreiten.

9. Für regionale PDS-Publikationen wird im Internet ein elektronisch abrufbarer Pool mit Texten und Illustrationen eingerichtet.

10. Der Parteivorstand bittet die Landesvorstände Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, im September / Oktober 2000 Delegiertenberatungen zur 1. Tagung des 7. Parteitages durchzuführen, an denen Mitglieder des Parteivorstandes teilnehmen. Die Beratungen sollten den Charakter von Regionalkonferenzen tragen, an denen auch weitere Funktionsträger/innen der PDS teilnehmen.

Der Parteivorstand richtet zwei derartige Beratungen für die westdeutschen Landesverbände aus: „Nord“ für die Landesverbände Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein (in Niedersachsen); „Süd“ für die Landesverbände Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (in Frankfurt/Main).

Am 18. Juni sprach Gregor Gysi in der Kölner Antoniterkirchen. Vorausgegangen war ein heftiger Streit, ob Gysi im Rahmen der üblichen Stadtpredigten überhaupt reden darf. Der örtliche Kirchenvorstand und Pfarrer Pick bestanden darauf. So wurde die „Predigt“ zum „Vortrag“ über Politik und Moral. Die Kirche war gefüllt, ca. 300 Personen und die Medien berichteten ausführlich. Interessant an der Auseinandersetzung ist die Stellungnahme von Pfarrer Pick was eine Predigt ist bzw. sein sollte, ein Thema das die PDS durchaus berührt. Er erklärte:

„Der im Zusammenhang mit dem Streit um die Einladung an Dr. Gysi auch von Präses Kock immer wieder zitierte Satz: „Wo Predigt drauf steht, muss auch Predigt drin sein“ ist nicht nur plakativ, sondern auch schlicht irreführend.

Dem stelle ich entgegen: Was eine Predigt ist und ob eine Rede eine Predigt ist, entscheidet sich am Inhalt und an der Wirkung und nicht am Etikett.

Dabei gilt: Das Gelingen einer Predigt lässt sich nicht institutionell absichern. Es ist nicht automatische Folge der kirchlichen Ordination. Ob eine Predigt bei den Zuhörenden Glauben weckt, ist – theologisch gesprochen – allein Wirken des Heiligen Geistes. Und der weht bekanntlich, wo er will (Johannes 3,8).

Ich habe den Verdacht, das hinter der mit Eifer betriebenen Ausgrenzung von Dr. Gysi durch die Kirchenleitung im Wesentlichen keine theologischen und kirchenrechtlichen Argumente stehen, sondern politische und kirchenpolitische Bewertungen.“

Zusammenstellung: jöd

Zur Nolte-Ehrung im Münchner Herkulesaal

Am 4. Juni fand um 10.30 Uhr im Münchner Herkulesaal eine Preisverleihung an Ernst Nolte statt. Verleiher des Konrad-Adenauer-Preises war die Deutschland-Stiftung, eine Vereinigung am rechten Rand der CDU. Empfänger Nolte ist Professor und u.a. Auslöser des sogenannten Historikerstreits (Hitler und die Nazis nur eine Reaktion auf Stalin und den Bolschewismus). Während die CDU-Vorsitzende Frau Merkel absagen ließ, war die Bayerische Staatsregierung als Schirmherr vertreten. Während über die Preisverleihung auch die überregionale Presse schrieb, war von den Protestaktionen nichts zu hören. Wir übernehmen aus den Münchner Lokalberichten.

Eine kleine Gruppe von Protestierenden hatte sich zu einer angemeldeten Kundgebung im Hofgarten eingefunden – sie bestand aus VertreterInnen der universitären Linken Liste, PDS, Jusos, Bündnis90/Grüne und Friedensbündnis.

Trotz starken Regens wurde versucht,

möglichst vielen der ankommenden TeilnehmerInnen der Preisverleihung Informationsmaterial zu geben. Trotz starken Regens und der bayerischen Landespolizei, muß man wohl sagen. Die ließ sich laut Aussage eines Beamten dazu herab, das Unterstellen unter die Hofgartengalerie „zu erlauben“ – ca. 100 Meter vom Eingang zum Herkulesaal entfernt.

Ein Herr, der sich dieses Problems wohl schon im Vorhinein bewußt gewesen war, erschien im guten Anzug, mischte sich unter die Gäste und verteilte Handzettel mit der Aufschrift „Sind Sie in guter Gesellschaft?“, wofür er auch prompt aus dem Eingangsbereich entfernt wurde. Mindestens eine Person konnte er allerdings von der Teilnahme an der Preisverleihung abhalten („mein Platz bleibt heute leer!“).

Als zu Veranstaltungsende einige Personen wiederkamen, um doch noch mehr Gäste zu erreichen, wurden sie – entgegen einer Absprache mit der Polizeiein-

satzleitung – als unangemeldete Versammlung betrachtet. Obwohl sich von vier Leuten zwei aus dem Hofgarten (!) entfernten, wurden von allen die Personalien aufgenommen. Der Grund wurde zunächst nicht genannt („der Kollege hat's gesagt“). Ferner ließ man die Betroffenen wissen, es sei ihnen untersagt, mit Passanten zu sprechen, selbst wenn sie angesprochen würden.

Es ist schon ein Ding, daß das Land Bayern Prachtsäle für die Ehrung von Geschichtsrevisionisten zur Verfügung stellt. Das läßt sich wohl als die materielle Form des Projekts, revanchistische Nationalgesinnung über die intellektuelle „salonfähig“ zu machen, betrachten.

Daß die honorigen Herren, die diese Rolle übernommen haben, im entscheidenden Augenblick aber doch wieder unter sich bleiben können, ist von der Landespolizei mit unnötiger Vorschriftenmeierei gewährleistet worden.

(J.G., MLB)

Nolte-Grußwort der Stadt – Bündnis-Grüne fragen nach

Die Verleihung des Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung an Ernst Nolte – genauer gesagt, die Tatsache, dass die Stadt München die Preisverleihung mit einem offiziellen Grußwort aufgewertet hat – hat jetzt ein Nachspiel im Stadtrat. Die Grüne Stadtratsfraktion stellt dazu folgende Anfrage:

Anlässlich der Verleihung des Adenauer-Preises an Ernst Nolte wurden von seiten der Landeshauptstadt München ein Grußwort gehalten. Ernst Nolte hat sich vor allem als Geschichtsrevisionist einen Namen gemacht, der seit mehr als 15 Jahren versucht, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren. Es ist uns unverständlich, wie von offizieller Seite der Stadtspitze für eine solche Veranstaltung ein Grußwort gehalten werden kann. Spätestens nach dieser Preisverleihung hat die Verleihung des Adenauer-Preises durch die Deutschland-Stiftung als eine Veranstaltung dargestellt, die von seiten der Stadt nicht mehr durch Grußworte aufgewertet werden sollte.

Wir fragen: Ist der Oberbürgermeister mit uns der Ansicht, daß die Stadt München ab sofort keinerlei Grußworte mehr bei der Verleihung des Adenauer-Preises an die Deutschland-Stiftung halten sollte?

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste, Initiative: Jutta Koller, Siegfried Benker

Linke Liste an der Universität München Offener Brief an Prof. Horst Möller

Sehr geehrter Herr Professor Möller, mit Erstaunen haben wir erfahren, dass Sie anlässlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Deutschland-Stiftung in der Münchner Residenz an Ernst Nolte die Laudatio halten werden.

Nur kurz nachdem die *Süddeutsche Zeitung* die bevorstehende Preisverleihung vermeldete und in scharfer Form kritisierte, distanzierte sich sogar die CDU-Vorsitzende Angela Merkel von der Ehrung des Geschichtsfälschers. Wir appellieren an Sie, es ebenso zu tun.

Die Deutschland-Stiftung, geprägt durch das Gedankengut des notorischen Nationalsozialisten Kurt Ziesel, versucht seit langem, NS-Verharmlosung wieder salonfähig zu machen. Indem Sie als Leiter des Instituts für Zeitgeschichte die Lobrede auf Nolte halten, machen Sie sich zum Steigbügelhalter revisionistischer Geschichtsinterpretation und belasten dadurch nicht nur das Institut für Zeitgeschichte, sondern auch die gesamte Geschichtswissenschaft in Deutschland. Dass das von Ernst Nolte vertretene Geschichtsbild die Gegenwartsverhältnisse diskreditieren soll, wird klar, wenn sich Nolte positiv auf die deutsche Vergangenheit bezieht: „Wenn Vermehrung der soldatischsten Naturen im Volk ein legitimes oberstes Ziel ist, dann muß man zugeben, dass die SS mit ihrer positiven Be-

völkerungspolitik den einzigen ernsthaften Versuch darstellte, eine Entwicklung zu verhindern, die heute übermächtig erscheint.“ (1)

Bevor die Stiftung den Konrad-Adenauer-Preis an Ernst Nolte verlieh, kam auch Armin Mohler in den Genuss dieser Ehrung. Eben jener Mohler sagt von sich „Ich bin Faschist.“ (2) Wir hoffen, Sie werden vermeiden, sich in eine derartig unheilvolle Tradition zu stellen.

Wir hoffen, Sie haben Verständnis dafür, dass wir uns weitere öffentlichkeitswirksame Schritte vorbehalten.

Mit freundlichen Grüßen

Linke Liste an der Uni München, Bündnis 90/ Die Grünen Stadtverband München, AStA der Geschwister-Scholl-Universität München, Fachschaftskonferenz der Uni München, Lydia Dietrich (Stadtverbandsvorsitzende der SPD München), Adelheit Rupp (Vorsitzende des SPD-Kreisverband Giesing-Harlaching-Sendling), Siegfried Benker (Vorsitzender der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen und Rosa Liste), Tassia Fouki-Friedl (Stadträtin ders. Fraktion), Judith Schmalzl (Stadträtin ders. Fraktion), Markus Viellvoye, Sprecher des Landesarbeitskreises Frieden (Bündnis 90/ Die Grünen), PDS München BO-Mitte, R.A.B.E., Jusos München Stadt, Jusos München Land.

(1) Ernst Nolte, Streiptunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus, Berlin 1994, S.368 f

(2) <http://www.lrz-muenchen.de/~mchatwin/bio/m.html#mohler>

Ernst Nolte Historiker, Emeritus (FU Berlin)

1952 Dissertation an der Philosophischen Fakultät der Universität Freiburg mit dem Thema



„Selbstentfremdung und Dialektik im deutschen Idealismus und bei Marx“.

Ernst Nolte hatte sich als Totalitarismusforscher einen hervorragenden wissenschaftlichen Ruf erworben, bis er die Publikationen „revisionistischer“, d.h. holocaustleugnender Geschichtsschreiber als lediglich „abweichende Meinung“ klassifizierte. 1986 löst Nolte mit dem Artikel „Vergangenheit, die nicht vergehen will“, der in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erscheint, eine öffentliche Kontroverse aus, den Historikerstreit. Nolte beklagt in dem Artikel, es sei etwas „ganz Exzeptionelles“, wenn – anders als beim „normalen Vergehen der Vergangenheit“ – die nationalsozialistische „immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden“ scheine. Zum Judenmord durch das nationalsozialistische Regime stellt Nolte die Frage, ob Hitler etwa eine „asiatische Tat“ vollbrachte, vielleicht nur deshalb weil er sich als „potentielles oder faktisches Opfer“ einer „asiatischen Tat“ betrachtete. Noltés Thesen werden von anderen Historikern und Sozialwissenschaftlern, darunter Jürgen Habermas, als Versuch der Reinwaschung des Nationalsozialismus gewertet.

Inzwischen beruft sich eine Reihe von jungen „revisionistischen“ Historikern auf Nolte. Uwe Backes, Klaus Hornung, Eckhardt Jesse, Karl-Heinz Weißmann und Zitellmann setzten die Historisierungsdebatte mit dem Ziel fort, von der „Rehabilitierung des National-Konservatismus“ zur Formierung der „Neuen Rechten“ zu kommen. Nolte selbst scheut in den darauffolgenden Jahren nicht die Nähe von Holocaust-Leugnern und rechtsextremen Organisationen. Dem Publikationsorgan „Journal of Historical Review“ des Institute for Historical Review (IHR) steht er in Ausgabe 1/1994 Ian B. Warren als Gesprächspartner zur Verfügung. Hier befindet er sich in der Gesellschaft der führenden Holocaust-Leugner, darunter mehrere einschlägig vorbestrafte deutsche „Revisionisten“ wie der Jurist Wilhelm Stäglich und der Politologe Udo Walendy, beide Mitglieder im beratenden Ausschuss des „Journal of Historical Review“. 1994 führte er in einem „Spiegel“-Interview aus, er finde die Arbeit des Holocaust-Leugnern Fred Leuchter „wichtig“. Im November

1996 nimmt Ernst Nolte am Festkommers des Ausschusses für burschenschaftliche Arbeit „1000 Jahre Ostarrichi – Österreichs Beitrag zur deutschen Geschichte und Gegenwart“ in Wien teil. 1996 richtet er Grußworte an die Hauptversammlung des rechtsextremen „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ Für allerhand Aufsehen sorgte Nolte auch mit seiner öffentlichen Sympathieerklärung für die italienischen Neo- bzw. Postfaschisten. In der Ausgabe vom 25. Mai 2000 des Theorieorgans *Zur Zeit* der extremen Rechten in Österreich schreibt Nolte unter dem Titel „Zähmung der Bestie Mensch“ über die Kontroverse, die Sloterdijks Elmauer Rede „Regeln für den Menschenpark“ 1999 auslöste. Auch für die *Junge Freiheit* hat er in der Vergangenheit schon zur Feder gegriffen. Als eine „Apologie des Antisemitismus“ beschreibt Micha Brumlik in einem Artikel in der *Neuen Zürcher Zeitung* am 20. März 2000 Noltés jüngstes Buch „Historische Existenz“.

Nolte beging allerdings bereits 1985 eine eklatante Entgleisung, als er in dem in London erschienenen Sammelband „Aspects of the Third Reich“, herausgegeben von W. Koch, eine „Jüdische Kriegserklärung“ behauptete. Es handelt sich hierbei um eine Legende, wie sie sonst nur im einschlägigen Propagandagut rechtsradikaler Kreise anzutreffen ist.

Im Mai 2000 wird bekannt, dass Nolte von der „Deutschland-Stiftung e.V.“ für den mit 10.000 DM dotierten „Konrad-Adenauer-Preis“ nominiert wurde. Personell wie auch ideologisch ist die „Deutschland-Stiftung“ seit ihrer Gründung 1966 dem äußersten rechten Flügel der CDU zuzurechnen. Mitgründer, langjähriger Geschäftsführer und geistiger Mentor der Stiftung ist Kurt Ziesel, der laut einem Urteil des Landgerichts München als „notorischer Nationalsozialist“ bezeichnet werden darf. Die Laudatio zur Preisverleihung wird der Direktor des bislang renommierten Münchner Instituts für Zeitgeschichte, Horst Möller, halten. Die CDU-Parteivorsitzende Angela Merkel hingegen hat sich öffentlich von der Preisverleihung an den umstrittenen Historiker distanziert. In einem offenen Brief des Historikers Heinrich August Winkler, der dem Institut für Zeitgeschichte als Mitglied des wissenschaftlichen Beirats verbunden ist, appelliert dieser an Möller, von der Laudatio für Nolte Abstand zu nehmen.

Quellen: Lasek; Assheuer; bnr; Martin Broszat: Wo sich die Geister scheiden., in: Historikerstreit; MC; Willms; Reinecke. Weiterführende Literatur: Dan Diner (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit. Fischer. Frankfurt, 1987. <http://www.lrz-muenchen.de/~mchatwin/bio/m.html#mohler>

Linke Sommerschule 2000

27. bis 30. Juli in Sondershausen (Thüringen)

Kurs Wirtschaft

Stand der Vorbereitungen

In den letzten beiden Kursen beschäftigten wir uns vor allem mit der Finanzierung der öffentlichen Hand durch die Steuer. Das Recht des Staates, die Steuer einzuhoben, wird in den Steuerrechtfortbildungslehren vor allem aus dessen Aufgabe abgeleitet, die öffentliche Ordnung und Sicherheit, d.h. die öffentliche Gewalt, zu gewährleisten. In dem jetzigen Kurs wollen wir uns mit der Frage beschäftigen, wie *Bund, Länder und vor allem die Gemeinden die Bereitstellung öffentlicher Güter begründen und finanzieren*. Wir haben es hier in aller Regel mit Mischformen der Finanzierung zu tun,

die von der kostenfreien Nutzung der Straße durch Fußgänger bis zum erlösträchtigen Energiegeschäft reichen. Unübersichtliche Quersubventionen von Überschuss- und Defizitbereichen sind häufig. Die Unübersichtlichkeit dieser Verhältnisse bildet den Hintergrund, vor dem die Privatisierung abläuft. Der Kurs steht in dem politischen praktischen Zusammenhang der Auseinandersetzung mit der Privatisierung, dem Abbau öffentlicher Güter und der Rationalisierung der öffentlichen Dienste. Der Kurs beginnt am Donnerstag Mittag und endet Samstag Abends, Sonntag Vormittag Vorbesprechung weiterer Arbeitsvorhaben bzw. der Winterschule 2000/2001.

Der Kurs wird thematisch in die folgenden Blöcke unterteilt.

Block 1. *Verbindung von ökonomischer Theorie und Verfassungslehre.*

Schwerpunkt bildet die Einführung in / Auseinandersetzung mit Rawls, Suhrkamp Taschenbuch 271, John Rawls „Eine Theorie der Gerechtigkeit“, ein Text, der in der Theoriediskussion der PDS stark wirkt. Es werden Textauszüge von Rawls (s.o.) sowie von Vertretern des Utilitarismus (Bentham, Mill), sowie von Vertretern der „subjektivistischen“ Lehre von der Wert/Preisbildung (Jevons und Pareto) geliefert.

Block 2. Die Theorie der öffentlichen Güter und die gegenwärtige Privatisierungswelle. Material: Textauszüge R.A. Musgrave, „Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis“, 1. Band, UTB (der Text stand im Winter schon mal zur Debatte), sowie ausgesprochene Rechtfertigungsschriften der gegenwärtigen Privatisierungswelle (Textsuche noch nicht abgeschlossen).

Block 3: Wirtschaftstätigkeiten der Kommune, Angebot öffentlicher Güter und (Teil-)Finanzierung durch den Markt

Aktuelle Beispiele aus der Energie-, Wasser-, Verkehrspolitik

Da es besonders zu den Blöcken 2 und

3 nicht einfach ist, sehr kompaktes Material zu finden, sind wahrscheinlich viele Kopien zu machen. Schon deswegen: Anmeldung nicht vergessen!
i.A. des Vorbereitungskreises
Martin Fochler

Kurs Geschichte

Die Kulturrevolution in China

Die Kulturrevolution in China gilt heute als Ereignis, das, sofern überhaupt außerhalb Chinas noch der Rede wert, als große Katastrophe, furchtbares Verbrechen abgehakt werden kann. Auch in China wurden die Ereignisse um die Kulturrevolution lange und bis heute als „zehn finstere Jahre“, teilweise sogar als faschistische Diktatur etikettiert.

Tatsache ist, dass sie damals, in den Jahren 1966 und folgende, einen außerordentlichen Widerhall unter den revolutionär gesinnten Menschen in der westlichen Welt fanden – und damals befanden sich viele Menschen, in den Metropolen insbesondere Teile der Jugend, in einer revolutionären Aufbruchstimmung. Ganz anders war das in der DDR und anderen realsozialistischen Staaten in Osteuropa: Über die Vorgänge in China wurde kaum berichtet, die Abrechnung fiel scharf aus.

Mehr als 30 Jahre danach, nachdem lange klar ist, dass keine der beiden großen Strömungen des Sozialismus, die realsozialistische und die kulturrevolutionäre, zum Ziel führte, ist es vielleicht leichter möglich, vor dem Hintergrund verschiedenartiger Erfahrungen und Traditionslinien die objektiven Entwicklungen zu untersuchen, die den Ereignissen in China zugrunde lagen. Fragestellungen, die auch in anderen Ländern, in den realsozialistischen wie in den kapitalistischen, eine Rolle spielten und die die Menschheit womöglich noch Jahrhunderte beschäftigen werden, wie z.B.

- das Verhältnis von Stadt und Land,
- die Industrialisierung auf Kosten der Landwirtschaft,
- die Trennung von Hand und Kopfarbeit.

Wir wollen das Thema in Form von sechs Blöcken erarbeiten, wobei in der Schlussrunde der DDR-Diplomat Prof. Peters über seine Sicht und Erlebnisse über die Kulturrevolution sprechen wird. Die weiteren Arbeitsgebiete:

- Die Vorgeschichte: Die Gründung der VR China, die Polemik der Generallinie und der „Große Sprung“.
- Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in China.
- Die Politik der KP Chinas und die Auseinandersetzung „um die richtige Linie“.
- Von der Januarrevolu-

tion bis zur Augustniederlage 1967. Der Zeitraum 1968 bis 1969 und die Opfer der Kulturrevolution.

– Der Sturz von Lin Biao und die Nachgeschichte.
Jörg Detjen

Kurs Philosophie

Kritische Auseinandersetzung mit Theorien der Gerechtigkeit

„Niemals empört etwas mehr, als Ungerechtigkeit; alle anderen Übel, die wir ausstehen, sind nichts dagegen“, schrieb Kant. Sowohl in der jüdischen und – abgeschwächt – christlichen Religion wie in der Philosophie spielt der Begriff der Gerechtigkeit eine große Rolle – hier knüpfen sich die Hoffnungen an die Gerechtigkeit Gottes, dort wird unter Berufung auf Gerechtigkeit versucht, Allgemeingültigkeit beanspruchende Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu begründen.

In den heutigen politischen Auseinandersetzungen operieren die verschiedensten Parteien von der CSU bis zur PDS mit dem Begriff der „Gerechtigkeit“, um jeweils ihre unterschiedlichen und sogar entgegengesetzten politischen Ziele zu legitimieren. Gerechtigkeit ist populär, aber was verbindet sich damit? Welches Ziel, welcher Anspruch, welches Handeln, welches Subjekt, welches Verhältnis zwischen den Subjekten?

Wir wollen uns mit verschiedenen Texten (Auszügen) zum Thema Gerechtigkeit aus dem jüdisch-christlichen Zusammenhang (*Altes Testament, Moses Maimonides, ev. Katholische Soziallehre*), aus dem Bereich der klassischen griechischen Philosophie (*Aristoteles, Nikomachische Ethik, Platon, Politeia*), aus dem deutschen Idealismus (*Kant, Text wird noch gesucht*) bis hin zu modernen Theorien (*John Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit; Derrida, Der ‚mystische Grund‘ der Autorität*) auseinandersetzen.

Wir wollen dabei den Kontext herausarbeiten, in dem jeweils von Gerechtig-

keit die Rede ist. Was wird gedanklich je konkret mit „Gerechtigkeit“ verbunden? Eine Illusion, dass dies glasklar sei! Zweitens wollen wir uns in der kritischen Auseinandersetzung mit den Texten mit Gerechtigkeitsvorstellungen der Linken befassen. Ist die Zuspitzung der Emanzipationsbestrebungen auf Gerechtigkeit – statt auf Befreiung – möglich, angemessen, richtig?

Wie immer lesen wir die Texte, die fotokopiert vorliegen werden, gemeinsam und erörtern sie.

Christiane Schneider

Wann?

Donnerstag, 27. Juli, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis maximal Sonntag, 30. Juli, mittags

Wo?

Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99706 Sondershausen, Telefon: 036 32 / 78 22 59.

Unterbringung in Einzelzimmern, Zweibettzimmern und Zimmern mit gemeinschaftlichen Sanitäreinrichtungen (Belegung mit 2 Personen) mit gestaffelten Preisen (einschließlich Vollverpflegung und Getränken): 220 DM, 190 DM, 137,50 DM.

Bestellung des Faltblatts und Anmeldung

(möglichst bald und verbindlich) bei:

*Christiane Schneider,
c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88
E-mail: gnn-hhsh@otelo-online.de*

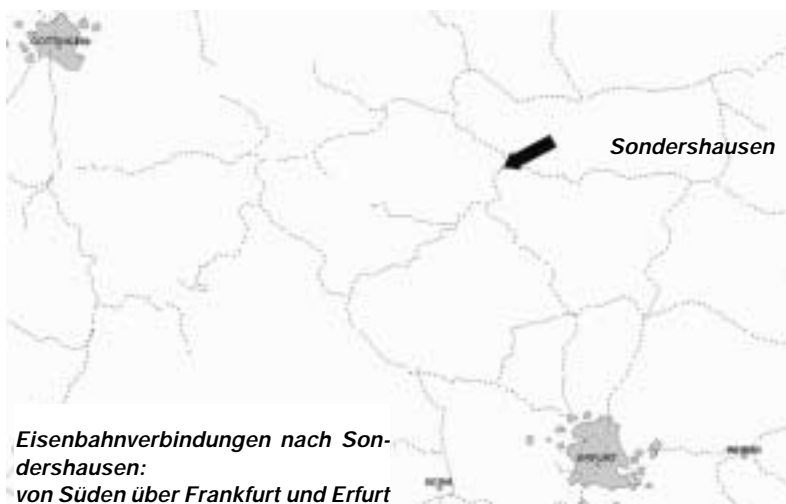
Mitgliederversammlung ARGE

An einem Abend zwischen dem 27. und 29. findet die Mitgliederversammlung der ArGe statt. Tagesordnung:

1. Tätigkeitsbericht
2. Weitere Arbeit der ArGe, Schule
3. Wahl des/der Delegierten zum Parteitag
4. Programmdiskussion der PDS: Zivilisierung der Außenpolitik – ein realistisches politisches Ziel? Oder ist Widerstand gegen die Militarisierung zum Scheitern verurteilt?

Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt ein Mitglied der Programmkommission eingeladen; da wir noch keine Antwort haben, steht auch der genaue Termin noch nicht fest. Deshalb erfolgt die offizielle Einladung zur Mitgliederversammlung über das Faltblatt (Bestellung s.o.) und in der nächsten Ausgabe der *Politischen Berichte*.

Christiane Schneider



Eisenbahnverbindungen nach Sondershausen:
von Süden über Frankfurt und Erfurt
von Norden über Göttingen

23./24. Juni, Münster, Halle Münsterland: 15. *Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 / Die Grünen.* Auf der Tagesordnung stehen neben Neuwahl des Bundesvorstandes, Wahl des Parteirates, Haushalt und Atomausstieg zahlreiche weitere Themen.

24. Juni: Berlin: CDU-Kongress: *Der faire Sozialstaat – für eine neue Zeit.*

1. Vorträge zu: „Chancen für alle. Arbeit für alle. Wohlstand für alle.“ Überlegungen der Kommission „Sozialstaat 21 – Arbeit für alle“. Christian Wulff MdL, stellv. Vorsitzender der CDU Deutschlands. „Wirtschaft ohne Grenzen – Die Stunde der Politik“. Dr. h.c. Lothar Späth, Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG. „Der faire Sozialstaat – Eine neue Politik für eine neue Zeit“. Dr. Angela Merkel MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands

2. Kolloquium: „Der faire Sozialstaat – Eine neue Politik für eine neue Zeit“. Themen: „Für einen fairen Generationenvertrag – Altersvorsorge im 21. Jahrhundert“. „Fairness im Gesundheitswesen – Für leistungsfähige Strukturen“. „Faire Chance für alle – Mehr Beschäftigung durch eine neue Balance zwischen Schutz und Chance“.

25. Juni, Genf: *Demonstration der sozialen Bewegungen, Nicht-Regierungsorganisationen und Gewerkschaften anlässlich des UN-Sozialgipfels* (Nachfolgegipfel von Kopenhagen). Sechs Monate nach Seattle, drei Monate nach Washington geht der Kampf gegen WTO und weltweite Deregulierung weiter.

7. bis 9. Juli: *IKX – Interkonexiones:* Radio-Kongress Europa – Südamerika. Weitere Informationen: Radio Flora, Internationale Redaktion, Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover, fon: 0511 – 219 79 – 0, fax: 0511 – 219 79 – 19

20. Juli, Berlin: *(öffentliches) Gelöbnis der Bundeswehr im Bendlerblock* (Zutritt aber nur mit persönlicher Einladung!) und Protestaktion vor der Tür, Bendlerblock, Stauffenbergstr. Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Kopenhagener Str. 71, 10437 Berlin, Tel.: 030/440130-0, Fax: 030/44013029
E-Mail: info@kampagne.de
Internet: http://www.kampagne.de

27. bis 30. Juli: *Linke Sommerschule.* Näheres zu Ort und Themen unter Diskussion und Dokumentation.

1. September, bundesweit: Antikriegstag

1. September, Aachen: *Verleihung des Aachener Friedenspreises 2000 an:* Preis International „Recobstruindo a Esperanca“ [Rekonstruktion der Hoffnung], Mosambik (Lokale NGO zur Betreuung von ehem. Kindersoldaten, siehe: <http://www.apc.de/aachener-friedenspreis/Kindersoldaten.htm>; Preis National: „Aktion Noteingang“, Initiative von Jugendlichen gegen Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, siehe <http://www.apc.de/aachener-friedenspreis/noteingang.htm> Kontakt: Aachener Friedenspreis, Gerhard Diefenbach, Kalkbergstr. 194, 52080 Aachen, Tel.: 02405/14360, Fax: 02405/419075. E-Mail: diefenb@pfa.research.philips.com Internet: <http://www.apc.de/aachener-friedenspreis/welcome.htm>

5.-7. September: Seminar der Bundesakademie für Sicherheitspolitik zum Thema: *Deutschland und „seine neuen Minderheiten“ im Licht innen- und außenpolitischer Veränderungen.* Ort: Bonn

16. September: *Politische Ökonomie heute, 3. Kurstag.* Beginn 10.30 Uhr DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

14./15. Oktober, Cottbus: 7. Parteitag der PDS, 1. Tagung. (Die Delegiertenwahlen für den 7. Parteitag der PDS beginnen mit

ADRESSAUFKLEBER

der Einberufung der 1. Tagung und sind bis zum 17. September 2000 abzuschließen. Der Antragsschluss für die 1. Tagung des 7. Parteitages ist am Freitag, den 1. September 2000, 17.00 Uhr. Leitanträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens bis Freitag, den 18. August 2000, zu publizieren.

Vorläufige Tagesordnungspunkte u.a.: Generaldebatte zur Rede des Vorsitzenden der PDS und zu den Leitanträgen des Parteivorstandes: „Für einen Politikwechsel in Ost und West. Für eine Wende hin zur sozialen Gerechtigkeit“ und: „Grundsätze und Ziele der PDS für die Wahlen bis 2002“; Beschlussfassung, Wahlen Parteivorstand.

14. Oktober: Mobilisierungen anlässlich des EU-Gipfels in Biarritz; Abschlussdemonstration des Frauenmarsches 2000 in Brüssel

7. November: *US-Präsidentenwahlen.* Neuwahl des Repräsentantenhauses und ein Drittel des Senats sowie zahlreicher Gouverneure

25. November: *Politische Ökonomie heute, 4. Kurstag.* Beginn 10.30 Uhr, DGB-Jugendbildungsstätte Fulda, Magdeburger Str. 69 (s. PB 6, S. 18f.)

1. Dezember: *EU-Gipfel in Frankreich,* voraussichtliche Punkte: Abschluss der Regierungskonferenz 2000, Feierliche Verabschiedung einer Europäischen Charta der Grundrechte, Formlicher Beschluss der Integration der WEU in die EU

2.-3. Dezember: Paris: *Europäische Versammlung der Erwerbslosen und ungeschützt Beschäftigten* (Evt. anschließend: gemeinsame Initiative mit den UnterstützterInnen des Aufrufs Bourdieue, der französischen Liga für Menschenrechte u.a. zu den sozialen Grundrechten. Großes Rockkonzert)

Angehörigen Info

C 10190 9.6.2000 Preis: 3,00 DM 234

Herausgegeben von
Angehörigen, Freunden
und Freundinnen
politischer Gefangener
in der BRD



New Afrikan Prisoner of War – Albert „Nuh“ Washington spricht

Letzte Woche habe ich ein neues Foto erhalten, dass Nuh Washington ist. Ich war entsetzt und traurig und las es immer noch. Vor Jahren habe ich einen Text von ihm gelesen, den ich immer noch liebe. Es ist ein Brief zu einem politischen Gefangenen und seinem Leben als Gefangener, kampf und konzentration. Beim Überleben damals habe ich viel gelernt, wie ich überleben kann. Viele in seinem Text und Empfindungen war mir vertraut und manchmal eine Antwort auf meine eigenen Gedanken. Mit den Gefangenen in den USA hat uns immer viel verbunden. In den Jahren im Kasten haben wir uns geschrieben, Freunde haben haben sich entwickelt. Nach unserem Möglichkeiten haben wir auch zusammen gearbeitet und uns gegenseitig unterstützt. Im Hungerstreik 89 und im langen Kampf um Menschenleben und die Freiheit von allen Nuh war immer dabei, während dem Leben ausgeht. Ich lachete noch bei dem Text, dachte ihm hätte ich und kiere nicht. Laut, was Nuh sagt: „Für mich ist dieser Text, wie ein Freund, er hat mir damals, in einer solchen Zeit für uns, wieder gezeigt, wie wichtig ich bin.“

Birgitta Schulzinger

Weitere Themen in dieser Ausgabe:

- Rainer Dittich: Hungerstreik erfolgreich beendet (S. 16)
- Dringende Aktionen zur Rettung des Lebens von Shaka Khataga – 2002 die Hinrichtung am 22. Juni (S. 28)
- Hungerstreik palastinensischer Gefangener (S. 15)

In den Untertagen zu gehen, um zu überleben und gleichzeitig unsere Arbeit weitermachen zu können. In die Flügel wurden wir die Black Liberation Army (BLA) und veränderten unsere Ausrichtungen, dem Angriff der Polizei auf unsere Community ein Ende zu setzen. Bei der Verhaftung der Community in San Francisco wurde ich eingeschlossen und zusammen mit Jahl Akhal Mantsipin (Schwarze Leinwand) gefesselt. Später wurde ich beschuldigt, mit Jahl und dem BLA-Mitglied Herman Bell zwei New Yorker Corps erschossen zu haben. Zusammen wurde ich bekannt als die „New York 7“.

In einem zweiten Prozess im ersten Anlauf des Staats hatte ich die Jury gewarnt, dass es vorurteilend war, wenn wir schuldig gesprochen und zu lebenslangen Kasten verurteilt.

Vor Jahren wurde ich nach Wende verlegt, einem Kasten in Alton, Staat New York – mehr als 400 Meilen von New York entfernt. Eine Maßnahme, um mich von meiner Familie, Freunden und Gefangenen zu isolieren, mit denen ich eng und vermischt war. Bedingungen aufgebaut habe. Es wurde angestrebt, sich in eine Einzelzelle mit 42 anderen Gefangenen zu bringen. Sie wird das „White House“ genannt, weil fast alle Kankades sind. Dieser Ort hat einen doppelten Zaun, Sensoren und Kameras, die um 24 Stunden am Tag überwachen. Jede Bewegung wird kontrolliert, es ist mehr als die von anderen. Die meiste Zeit wurde ich in der Zelle gehalten, wo ich gesundheitlich schlecht in jede Richtung gehen kann. Auf dem Korridor ist permanent das Licht an, so dass meine Zelle niemals dunkel ist. Wende ist der einzige vom

Das Info berichtet über politische Gefangene in der BRD und anderen Ländern; über Repression und Widerstand dagegen in verschiedenen politischen Bereichen.

Das Info erscheint vierwöchentlich. Das Abo (6 Ausgaben) kostet DM 27,- Zu beziehen über: GNN-Verlag Neuer Kamp 25 20359 Hamburg Tel., Fax und E-Mail: s. Seite 2